

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Alampner, Schlosser und Maschinenbauer, Goldgießer und Gütfler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 3, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 4. Oktober 1890.

Inserate die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Meisenstraße 12.

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Unter Bezugnahme auf die betreffende Resolution, Seite 66 des Kongress-Protokolls, richten wir an alle Genossen das Ersuchen, uns von Entlassungsscheinen, schwarzen Listen, Zeugnissen und allen sonstigen Maßnahmen, welche geeignet erscheinen, die Arbeiter in ihrem Fortkommen zu hindern, oder solche wegen ihrer Thätigkeit in politischer oder fachgewerblicher Beziehung zu kennzeichnen, umgehend zu informieren und derartige Schriftstücke im Original an den mitunterzeichneten Th. Schwarz, Vertrauensmann der Former, gelangen zu lassen.

Th. Schwarz, Mischeide 16, Lübeck.
M. Segig, C. Breder.
G. Goldbach, W. Megger.

Der erste Oktober.

So ist also wirklich eingetreten, was Niemand geglaubt und was vor wenigen Monaten noch von den Anhängern wie Gegnern der heutigen Staatsordnung als ausgeschlossen betrachtet wurde: Das Gesetz vom 21. Oktober 1878 gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ hat zu existieren aufgehört! Die Sozialdemokratie steht unter keinem Ausnahmegeetze mehr!

Drei Wochen weniger als zwölf Jahre hat das Gesetz in Kraft bestanden, das feinerzeit auf Grund einer infamen Lügengeschichte in's Leben gerufen wurde und durch das unsägliche Elend über Tausende von Proletarier-Familien gebracht wurde.

Seit dem ersten Oktober können jene Arbeiter und Bürger, welche ohne Rechtspruch und ohne daß ihnen ein Grund dafür angegeben zu werden brauchte, aus Berlin, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. und Offenbach auf Grund des kleinen Belagerungs-Zustandes ausgewiesen worden sind, wieder an ihre früheren Heimstätten zurückkehren. Sie haben über Nacht aufgehört zu sein, was sie vor kurzem nach der Behauptung der Polizei noch gewesen sein sollen, nämlich: „Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist.“

Aber nicht nur der kleine Belagerungs-Zustand, diese „schneidige“ Waffe des Oktobergesetzes, ist erloschen; mit dem ersten Oktober sind auch jene hunderte von Polizeiverboten hinfällig, welche sich gegen die sozialdemokratische Litteratur richteten und die im wirren Runderbunt Geistesprodukte, von denen jede Zeile den Stempel höchster Wissenschaftlichkeit trägt, wie z. B. Lassalles „Bastiat Schulze“ oder Fr. Engels „Umwälzung der Wissenschaft“, ebenso wie einfache Flugblätter, welche häufig nichts weiter enthielten, als den Namen und eine Empfehlung eines sozialdemokratischen Kandidaten, auf den Polizei-Frödel setzten.

Wie die Ausgewiesenen wieder in ihre Heimstätten zurück kehren können, so wer-

den auch die Erzeugnisse der sozialistischen Litteratur jetzt offen auf dem Büchermarkt erscheinen und dem „Volke der Denker“ ist von jetzt ab wieder erlaubt, die Litteratur über die gewaltigste Kulturbewegung, welche die Welt bis jetzt gesehen, ohne polizeiliche Censur zu lesen.

Was sonst auf Grund des Zwangs-gesetzes vernichtet und zerstört worden ist, die Bildungs-Vereine, die Unterstützung- und Widerstandskassen der Arbeiter, die Duzende von Presorganen, diversen Druckereien und sonstiges aus den Sparpfennigen der Armensten zusammengetragenes Eigentum, es ist dahin, ohne Entschädigung. Aber nicht, ohne daß Ersatz geschaffen werden kann. Soweit für den letzteren nicht bereits gesorgt ist, wird ihn die nächste Zeit verzehnfach bringen und so der Reaktion gezeigt werden, daß die Spuren ihrer Wirksamkeit auch auf diesem Gebiete bald verwischt sein werden.

Unersehbar dagegen und nicht zu entschädigen sind jene zahlreichen Opfer an Gesundheit und Menschenleben, welche theils als Folge brutaler Verfolgungen, theils in Ausübung der Parteipflicht gebracht wurden. Jene wackeren Berliner Genossen, welche in den kalten Fluthen der Spree ihren Tod fanden, als sie Nachts von einer Parteiverammlung zurück kehrten, die ohne Ausnahmegeetz nicht heimlich hätte zu sein brauchen; ebenso wie die unter den Wirkungen der Ausweisungen, Verhaftungen, immer wiederkehrenden Hausdurchsuchungen und langen Gefängnisstrafen endlich zusammengebrochenen Genossen, — für ihre Leiden und ihre Opfer da giebt es keinen Ersatz. Nur ein dankbares Andenken an ihre Thaten und Opfer ist ihnen sicher. Sie werden von den deutschen Proletariern nicht vergessen werden, jene Opfer des Ausnahmegesetzes, welche im unermühten Kampfe gegen einen mit allen Mitteln operirenden Feind endlich erlegen sind.

Doch nicht bloß mit der Vergangenheit wollen wir uns heute beschäftigen, sondern auch in die Zukunft gilt es zu schauen. Das Ausnahmegeetz ist zwar gefallen, aber der Geist, der in diesem Geetze zum Ausdruck kam, er beherrscht heute noch jene Kreise, die feinerzeit sich dem Wahne hingaben, durch ein brutales Unterdrückungs-System die Arbeiter von ihren Emanzipationsbestrebungen abbringen zu können. Und dieser Geist, er wird sich auch in Zukunft im rücksichtslosesten Kampfe gegen die Arbeiterbewegung wirksam zeigen. Das Ausnahmegeetz ist gefallen, nicht etwa weil die herrschenden Kreise vor der in demselben zum Ausdruck gelangten himmelschreienden Ungerechtigkeit zurückgeschreckt sind, sondern weil sie sich überzeugt hatten, daß auf die Dauer das Gesetz gerade die umgekehrte Wirkung, welche seine Erfinder von demselben erhofft hatten, hervorbrachte. Es ist nur ein Wechsel in den Waffen, der jetzt vorgenommen wird, der Kampf selbst wird in alter Hartnäckigkeit und in derselben unerbittlichen Weise fortgeführt werden, wie bisher.

Das ist es, was wir unseren Genossen

gegenwärtig besonders in das Gedächtnis einprägen möchten. Mögen dieselben nie vergessen, was der verflozene Reichskanzler in seiner, mit dem vorgeschrittenen Alter ja meist verknüpften Schwachhaftigkeit ausgeplaudert hat, nämlich, daß das Sozialistengesetz zu Fall kam, weil man sich in den maßgebenden Kreisen über die geeignetste Form seiner Verewigung nicht zu verständigen vermochte. Während der gewesene Kanzler, seinen gewalthätigen Neigungen folgend, zu all' den ungeheuerlichen Bestimmungen des Gesetzes auch noch die Expatrirung resp. Internirung hinzufügen wollte, hatten andere Verehrer des Gesetzes gerade im Ausweisungsparagraphen und seinen schließlichen Wirkungen ein so lauges Paar gefunden, daß sie mit dieser so zweischneidigen Waffe nicht mehr weiter experimentiren wollten.

Weit entfernt also, das gegen die Arbeiterklasse mit dem Knebelgeetze begangene Unrecht sühnen zu wollen, haben auch die Gegner der reichskanzlerischen Vergewaltigungspläne den Zweck, der damit erstrebt wurde, durchaus gebilligt, nur über den wahrscheinlichen Erfolg waren die Herren sich nicht einig.

Diese Thatsache dürfen die Arbeiter für die weitere Zukunft unter keinen Umständen vergessen. Wir glauben aber auch, daß die Ereignisse der nächsten Zeit schon das Ihrige dazu beitragen werden, den Arbeitern die Ueberzeugung einzuprägen, daß das Wort von der einen reaktionären Masse aller bürgerlichen Elemente gegenüber den auf wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse abzielenden Bestrebungen auch heute und in der Zukunft noch seine volle Gültigkeit hat. Wer da weiß und am eigenen Leibe mit empfunden hat, was Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte in traurem Zusammenwirken auf Grund des „gemeinen Rechtes“ vor dem Ausnahmegeetze alles an Maßregelungen wegen „sozialdemokratischer Ausschreitungen“ fertig brachten, der wird die uns nun gewordene „gemeinrechtliche Freiheit“ auf ihren wahren Werth zu schätzen wissen. Ja, ohne zu befürchten, schließlich der Schwarzseherei überführt zu werden, glauben wir heute schon voraus-sagen zu können, daß das „gemeine Recht“ von uns sogar höhere und mehr Opfer verlangen wird, als wir sie unter dem Ausnahmezustand zu bringen hatten. Die Polizei greift ja brutal zu, aber auf jene Zwirnsfäden juristischer Feinesse, welche in den Gerichtsstuben gesponnen werden, versteht sie sich nicht. Gerade aber mit diesen Zwirnsfäden werden wir in der nächsten Zeit wieder zu rechnen haben und wir möchten deshalb die heutige Nummer unseres Blattes nicht in's Land gehen lassen, ohne an die Genossen und Leser die Mahnung zu richten, sich über den Stand der Dinge nicht zu täuschen und besonders in ihren öffentlichen Aeußerungen doppelt vorsichtig zu sein. Manches Wort, das unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes nur zu einer Auflösung der Versammlung geführt hat, wird jetzt in die Untersuchungshaft

und auf die Anklagebank führen. Und: Wehe denen, die sich dort erst befinden!

Möge also von uns nicht gesagt werden können, was man von den Bourbonen sagte, als sie nach der Restauration wieder auf den Thron kamen: Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Sondern zeigen wir unseren nach wie vor auf unser Verderben sinnenden Gegnern, daß wir während der zwölf Jahre des Ausnahmegesetzes viel gelernt, aber nichts vergessen haben.

In diesem Sinne wollen wir von heute ab mit erneutem Eifer und unerbittlicher Energie die Agitation für unsere, die Welt umgestaltenden und die Menschheit befreienden und von den Banden aller Thrannei erlösenden Ideen aufnehmen unter dem Rufe:

Es lebe die Sozialdemokratie!
Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Zur Frauenarbeit in der Metall-Industrie

schreibt das „Berl. Volksbl.“ unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse:

Wer vor einigen Dezennien den alten Meistern der Metallbranchen prophezeit hätte, daß auch in ihren Berufen die Frauenarbeit noch eine große Rolle spielen werde, der würde wohl sehr ungläubigem Kopfschütteln begegnet sein. Schien es doch, als ob die Bearbeitung des rauhen und spröden Metalles für alle Zeit ein Monopol der robusten Kraft des Mannes bleiben werde. Und doch ist es anders gekommen. Gerade die großen Schwierigkeiten, welche die Bearbeitung des Metalles verursachte, führten zur Anwendung der verschiedensten Hilfsmittel, zur Konstruirung sinnreicher Vorrichtungen und zur raffinierten Vervollkommnung aller Werkzeuge, in denen schließlich ein gut Theil der Intelligenz verkörpert war, welche früher unter der alten handwerksmäßigen Produktion das Wissen und Können des Arbeiters ausmachte. Die natürliche Folge war zunächst die allmähliche Verdrängung des qualifizirten durch den unqualifizirten männlichen Arbeiter, denn die ersten Hilfsmaschinen waren gar ungeschlachte Dinger, die zu ihrer Bewegung die Manneskraft erforderten. Aber bald übernahmen im Laufe der Entwicklung die Betriebsmaschinen die Bewegung der Hilfsmaschinen, so daß nur noch deren Bedienung übrig blieb, zu der auch die Kraft des Weibes ausreichte. Von diesem Augenblick an hielt die Frauenarbeit ihren Einzug in die Werkstätten der Metallindustrie. Wohl versuchten die Metallarbeiter zunächst sich den neuen Konkurrenten vom Leibe zu halten, wie dies noch in dem bekannten Holy'schen Streik geschah, aber bald brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß man es hier mit einem Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung zu thun habe, gegen den anzukämpfen ebenso aussichtslos, wie prinzipiell unzulässig sei.

Seitdem hat denn auch die Frauen-

arbeit in der Metallindustrie in unge-
ahnter Weise zugenommen. Gerade in
den neuerrichteten Betrieben, die mit
großen Kapitaleinlagen gegründet und daher
auch mit allen erdenklichen Hilfsmitteln
ausgerüstet sind, erobert sich die Frauen-
arbeit eine Position nach der anderen.
So haben in den Werkstätten, welche die
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in der
Schlegelstraße besitzt, die weiblichen Ar-
beiter die männlichen vollständig ver-
drängt und nun haben sie auch ihren
Einzug in die Fabrikanlagen derselben
Gesellschaft in der Alterstraße gehalten.
Dort werden die Arbeiterinnen zunächst
bei dem Bau der Stromerzeuger, den
sogenannten Ankern beschäftigt, doch ist
mit Sicherheit voranzusehen, daß der
Anteil der weiblichen Arbeitskraft an
der Fabrikation der elektrischen Maschinen,
Apparate und Anlagen noch ein sehr
großer werden wird, wie dies schon jetzt
in Amerika der Fall ist.

Auch bei Anfertigung der Hülsen zu
den bekannten neuen Geschossen dominiert
die weibliche Arbeitskraft. In diesen
Betrieben, in denen Tausende von Ar-
beiterinnen in Thätigkeit sind, wird Tag
und Nacht gearbeitet, um in kürzester
Zeit möglichst viel Hülsen zu jenen kleinen
Kugeln zu erzeugen, welche so nette,
glatte Böden in den menschlichen Körper
bohren. Betrachten wir zur Nachtzeit einen
solchen Fabrikraum, so finden wir von
männlichen Arbeitern nur einige Schlosser,
denen die Regulierung der Stanzvorrich-
tungen obliegt, speziellen Aufpasser oder
Antrieber, dessen Stellung indes eine so
wenig glänzende ist, daß seine eigene,
hochschwangere Frau ebenfalls an einer
Maschine Frohndienste leisten muß.

Nun ist es aber mit der Nacharbeit
eine eigene Sache. Die natürliche Ord-
nung der Dinge läßt sich nicht unge-
kraft in ihr Gegenteil verkehren und
nur Wenigen ist es gegeben, und zumal
während der heißen Sommerzeit, am Tage
so fest und tief zu schlafen, um ohne
Schlafanwandlungen die Nacht hindurch
arbeiten zu können. Die Riemen surren
so eintönig, alle Bewegungen müssen mit
etwig monotoner Gleichmäßigkeit wieder-
holt werden, bis ein Gefühl bleierner
Müdigkeit den Körper beschleicht und die
ganze Willenskraft dazu gehört, den
Schlaf zu verschmähen. Und doch werden
alle Bewegungen unwillkürlich matter, wie
ein Flor legt es sich vor die Augen und
nur noch mechanisch erfolgt die Be-
dienung der Maschine. Aber plötzlich
durchzuckt ein jäher Schreck den Körper
der Arbeiterin, eine Blutwelle strömt zum
Kopfe und erzeugt für einen Moment
volle Geistesklarheit. Das Geräusch,
welches die Maschine bei jedem Stoße
verursacht, und welches sie bis in die
einzelnen Laute genau kennt, war plötz-
lich ein anderes, ein Knirschen war ver-
nehmbar, kein Zweifel, sie hat das einzu-
legende Stück nicht weit genug in die
Maschine geschoben, die Vorrichtung ist
beschädigt. Heilig gelobt sie sich, nach-
den der Schaden wieder gut gemacht ist
und die Vorwürfe überstanden sind, daß
dieser Fehler nicht wieder vorkommen soll,
sonst könnten vielleicht die Strafgeb-
den Wochenlohn überschreiten. Die erste
halbe Stunde arbeitet sie denn auch mit
größter Präzision, aber dann folgt der
fieberhaften Anspannung aller Geistes-
kräfte eine ebenso große Reaktion; sie
fühlt, wie ihr die Sinne schwinden, wie
nur noch ein Gedanke in ihr lebendig
ist: tief genug einlegen, damit nicht wieder
die Vorrichtung beschädigt wird. All-
wählig scheint das umgebende Geräusch
aus weiter Ferne zu kommen — dann
erläut ein gellender Schrei, sie hat richtig
eingelagt, aber die Hand nicht sink genug
zurückgezogen, und unter der Maschine
liegen einige glatt abgeschliffene, blutige
Finger. Derartige Unglücksfälle ereignen
sich in einer Berliner großen Fabrik,
welche über 1000 Arbeiterinnen beschäf-
tigt, allwöchentlich, und da nichts zu
ihrer Verhinderung geschieht, werden die

verstümmelten Arbeiterinnen wohl schließ-
lich nach Dagenen zählen.

Nach dem Urtheil kompetenter Fach-
männer wären Schutzvorrichtungen sehr
wohl anzubringen, aber sie würden das
Arbeitstempo verlangsamen, und darum
unverwirklicht, Arbeiterfinger sind ja so
billig.

Die Konkurrenz der weiblichen Arbeiter
trifft am härtesten die unqualifizierten
männlichen Arbeiter, von denen zur Zeit
ein so starkes Angebot vorhanden ist, daß
auch der bekannte Arbeitsnachweis in der
Gartenstraße, nachdem er 600 auf „Lager“
hatte, sich weigerte noch weitere An-
meldungen entgegenzunehmen. So voll-
zieht sich die ökonomische Entwicklung
mit Siebenmeißenschritten, während die
Sozialgesetzgebung, und selber auch viel-
fach die Arbeiterorganisation, nach dem
Tempo der bekannten Schlierbacher Sprung-
prozeßion hinterdrein hinkt.

Ueber das Maschinenwesen einst und jetzt

bringt die „Zentralztg.“ für Optik und
Mechanik eine Reihe interessanter Mit-
theilungen: Nur wenige dürften eine rich-
tige Vorstellung davon haben, mit welchen
Schwierigkeiten es noch vor 60 Jahren
verbunden war, ein brauchbares Werk-
zeug aus Metall oder gar eine brauch-
bare Maschine herzustellen. Der 1874
im Alter von 85 Jahren gestorbene eng-
lische Ingenieur Fairbairn, der Verbesserer
der Spinnmaschine und Erfinder der
eisernen Schiffe, bezeugt, daß noch im
Jahre 1814 in allen englischen Ma-
schinen-Fabriken sämtliche Vorrichtungen
in Handarbeit bestanden. Man konnte
damals weder Hobel- noch Fraise- noch
Bohrmaschinen, die Drechselbank und der
Drill-Bohrer waren in der Hauptache
Alles, was dem damaligen Mechaniker
zu Gebote stand. Dabei mußten diese
Apparate mit der Hand geführt werden;
sie standen also in der Genauigkeit der
Arbeit, selbst bei den geschicktesten Meistern,
gegen die heutigen durch Dampf bewegten
Arbeitsmaschinen weit zurück. Näh-
maschinen, die ja auch bei der Herstel-
lung von Schuhwerk jetzt eine große Rolle
spielen, hätte man damals, selbst wenn
Plan und Zeichnungen vollständig vorge-
legen, gar nicht herstellen können.

Alle Erfinder jener Zeit waren ge-
nötigt, die Maschinen, die sie erdacht,
eigenhändig ohne maschinelle Beihilfe an-
zufertigen, wobei sie vorher meist erst die
erforderlichen Werkzeuge zu erfinden und
anzufertigen hatten. Als der berühmte
englische Mechaniker Clement im Jahre 1814
als Meister in eine Londoner Werkstätte
eintrat, fand er das Handwerkzeug in
einem so ungünstigen Zustande vor, daß
er oft Tage lang an der Schmiedesse
zubringen, hämmern, feilen, bohren mußte,
um das Bezüge zweckmäßig einzurichten.
James Watt, der eigentliche Erfinder der
Dampfmaschine, konnte seine erste Ma-
chine nicht recht in Gang bringen, da
es an genauen Vorrichtungen fehlte. Auch
er war genötigt, sich brauchbares und
zweckentsprechendes Werkzeug erst selbst
herzustellen. Der erste Dampfzylinder,
den Watt gießen ließ, zeigte sich undicht
und war überdies an dem einen Ende
fünf Millimeter weiter als an dem
anderen Ende. Ein guter Dampfzylinder
darf aber in dieser Hinsicht keinen Unter-
schied über einen halben Millimeter zeigen.

Und mit welchen Unkosten waren damals
alle Arbeiten verbunden! Withworth,
einer der ältesten Fabrikanten von Ar-
beitsmaschinen in England, hebt hervor,
daß das Poliren von Gußeisenflächen vor
40 Jahren, da diese Arbeit noch mit der
Hand ausgeführt werden mußte, 12 \mathcal{M}
pro Quadratfuß gekostet hat, während
die heutige Metall-Hobelmachine eine weit
bessere Leistung für 10 \mathcal{A} bestreitet.
Auch die ersten Stahl-Schreibfedern
wurden durch Handarbeit hergestellt. Der

bekannt englische Stahlfeder-Fabrikant
Perry zahlte für die ersten brauchbaren
Stahlfedern 5 \mathcal{M} Lohn pro Stück. Wenn
man daher liest, daß eine Stahlfeder
20 \mathcal{M} kostete, so kann dies nicht Wunder
nehmen. Und doch werden die damaligen
Stahlfedern in der Qualität und Brauch-
barkeit hinter den heutigen zurückgefallen
haben. Nachdem die Fabrikation etwas
in Fluß gekommen war, mußte man
noch immer 4, dann 2 \mathcal{M} für eine
Stahlfeder zahlen und noch lange hielt
sich der Preis auf 1 \mathcal{M} pro Stück.
Welch' ein Abstand gegen heute, wo man
für diesen Preis schon ein Groß brauch-
barer Stahlfedern kauft.

Die schwarzen Listen und die „Werkmeister-Zeitung“.

Auf meinen in der Nr. 37 der „Metall-
arbeiter-Zeitung“ enthaltenen Aufruf, be-
treffend die geheim gezeichneten Ent-
lassungsscheine resp. Fremdzettel, fühlt sich
das „Organ des deutschen Werkmeister-
Verbandes“, die „Werkmeister-Zeitung“
bemüht, zu antworten. Das genannte
Blatt schreibt: „Die „Deutsche Metall-
arbeiter-Zeitung“, welche sich wieder-
holt durch unwürdige Angriffe auf unsere
Organisation ausgezeichnet hat (seit Jahren
haben wir die Olympier in Düsseldorf
nicht gestört. Neb.) — da bei den Herren
die Freiheit „die ich meine“ bekanntlich
nur für die Arbeiter gelten soll — bringt
folgende erbauliche Bekanntmachung:
(Folgt der Aufruf.)“

Und sie fügt dem Aufruf wörtlich
Folgendes an: „Wir brauchen unsere
Leser nicht auf das überaus Lächerliche
aufmerksam zu machen, welches in diesem
Kampfe gegen ein Phantom, ein Gespenst,
das nur in den Trägängen des Gehirnes
dieses braven Drachentöblers existirt, liegt.
Es ist just so, wie weiland Don Quixote
auszog und gegen die Windmühlen
kämpfte, welche er für fabelhafte Unge-
heuer hielt. Ein solcher Windmühlen-
kämpfer ist auch Theodor Schwarz, we-
iland Schiffsboch und Tortenformer, je-
tund aber Reichstagsabgeordneter und Ver-
trauensmann der Eisen- und Metall-
former. Wir wünschen übrigens im In-
teresse des sozialen Friedens, daß Don
Quixote-Schwarz von derartigen, wie wir
vorläufig annehmen, unbewußten Hege-
reien Abstand nehme, und daß er sich be-
wußt werde, daß man sich mit solcher
Art ausgeführter Vertrauensmännerei nur
lächerlich macht.“

Hierauf habe ich zu erwidern, daß die
Schriftweise des genannten Blattes mich
vollständig kalt läßt und nur erheitend
auf mich wirken kann, umso mehr, da
ich mich vor der Nahe der Herren Werk-
meister gesichert weiß, indem ich ihrer
Sphäre längst entronnen bin.

Daß der Dieb gefessen, zeigt obige
Schmähung. Die Herren befürchten, daß
ich ihnen in die Parade falle und ver-
suchen deshalb, die Angelegenheit in's
Lächerliche zu ziehen. Dies wird den-
selben nicht gelingen, um so weniger, da
die Arbeiter selbst am besten wissen, welche
Stellung die Herren Werkmeister den Ar-
beitern gegenüber einnehmen.

Es ist nicht das erste Mal, daß von
Seiten der Werkmeister die Arbeiter mit
Uriaßbriefen entlassen worden sind. Es
braucht wohl nur einer öffentlichen An-
frage, um den Beweis dafür zu er-
bringen. In meinem Besitze befinden sich
Entlassungsscheine, die von einer ge-
läufigen Hand geschrieben, in der An-
führung verschieden sind. Es ist die „D“,
die eine sonderbare Form aufweist. Die
überaus größte Zahl der schreibkundigen
Menschenkinder schreibt eine Null in der
Regel von oben nach unten, während in
den betreffenden mir vorliegenden Scheinen
dieselbe von unten nach oben, in einer
langen ovalen Form geschrieben ist. Dies
wäre nun an und für sich gerade nicht
auffällig, aber der Umstand, daß die
„Nullen“ unten derartig offen sind, daß

sie sich schwerlich schließen lassen, indem
ein kleines nach innen gezogenes, auf-
wärts strebendes Häkchen die Schließung
von anderer Hand hindert, macht diese
Null verdächtig.

Man kann mir nun erwidern, daß der
Schreiber der Scheine sich eine derartige
Darstellung der Null angewöhnt habe
und deshalb die Annahme, daß hier eine
geheime Zeichnung eines solchen Scheines
vorliege, eine sehr gewagte sei. Ich würde
dem vollständig beipflichten, wenn ich nur
im Besitze eines einzelnen Scheines wäre.
In meinem Besitze sind aber mehrere
Scheine von derselben Hand, und
zwar an ein und demselben Tage ge-
schrieben, und da zeigt es sich, daß der
Betreffende auch andere Nullen, und zwar
ganz in derselben Weise wie andere sterb-
liche Menschenkinder machen kann. Ist
man da nicht vollständig berechtigt, an-
zunehmen, daß die Scheine geheim ge-
zeichnet sind?

Aber noch weiter: Auf den Scheinen
ist drei Mal die Jahreszahl „1890“ ein-
gehalten. Der eine Besitzer eines solchen
Scheines ist Vorsitzender eines Fach-
vereins, bei dessen Schein sind alle
drei Nullen unten offen, während
bei den anderen eine, resp. zwei
Nullen offen sind.

Ist dieses vielleicht keine Kennzeichnung
der Arbeiter? Die Frage ist nun die,
auf wessen Befehl solche Scheine aus-
gestellt werden. Würde nur Einer der-
artige Scheine schreiben, so hätten die-
selben keinen Werth, erst durch Verab-
redung Mehrerer, bei mißliebigen Per-
sonen die Nullen in der Jahreszahl auf
den Entlassungsscheinen offen zu lassen,
erhalten die Scheine einen „Werth“!
Würde Ersteres der Fall sein, d. h. wenn
nur Einer die Marotte hätte, mit schlauer
Hand derartige verschiedene Nullen zu
schreiben, so wäre die Sache für uns er-
ledigt. Bekommen wir aber mehrere der-
artig verdächtige Scheine in die Hände,
werden wir der Sache näher treten.

Um nun zu erfahren, ob mehrere mit
verdächtigen Nullen versehene Scheine
zirkuliren, habe ich den Aufruf erlassen
und rieth nochmals an alle Metallar-
beiter das dringende Ersuchen, wenn sie
noch im Besitze von in diesem Jahre
ausgestellten Entlassungsscheinen sind, die-
selben einer eingehenden Prüfung zu unter-
ziehen und mir die verdächtigen zuzu-
senden.

Auch die Scheine des vorigen Jahres
sind auf die Form der „D“ zu prüfen.
Auf den Scheinen vom Vorjahre ist eben-
falls die Jahreszahl 1889 drei Mal vor-
handen. In meinem Besitze befinden sich
nun Scheine, wovon auf ein und dem-
selben Scheine die Ziffer 9 mit einem
langgezogenen nach innen gebogenem
Schweife und mit einem kurzen graden
Schweife versehen ist. Ob dieses Zufall
ist oder ob im vorigen Jahre die „Neun“
die Dienste der diesjährigen „Null“ ver-
sehen, will ich einstweilen noch dahinge-
stellt sein lassen. Vielleicht werden mir
noch einige mitverdächtige „Neune“ zu-
geschickt.

Ob ich nun gleich dem „Don Quixote“
gegen Windmühlen kämpfe, oder ob mich
die Reaktion der „Werkm.-Ztg.“ als
„Drachentöbler“ ansieht, ist mir gleich-
giltig. Für mich sind schwarze Listen
und raffiniert gezeichnete Entlassungs-
scheine, wodurch man Arbeiter, die nicht
weiter gehen haben als ihre Interessen
zu wahren, dem Hungertode preisgeben
will, eben Ungeheuerlichkeiten,
Niederträchtigkeiten, die wohl der
Mühe werth sind, dagegen anzukämpfen.

Die Herren der „Werkmeister-Zeitung“
mögen nur ruhig sein; wenn sie sich rein
fühlten, brauchten sie sich weiter nicht
darum zu bekümmern, oder falls sie an-
worteten und sich stark und ohne Mangel
fühlten, dann parirten sie mit einem
aufständigen Gegenstich. Anders ist
es natürlich, da der Dieb gefessen hat,
d. h. weil man sich getroffen fühlt. Und
es ist kein Wunder, wenn man da, in

Folge des langen Duckens und Arieichens vor den Herren vom Geldsack, sogar schon an der Grenze der Feigheit angelangt ist, wo eben nichts anderes übrig bleibt, als gleich einem Straßenföter sich mit der Wadentneiserei zu behelfen.

Bübeck, 28. September 1890.

Theodor Schwarz.

Zum Kapitel der schwarzen Listen

wird uns aus Tübingen ein Urlass-Brief-Formular übersandt, welches wir in getreuer Nachbildung folgen lassen:

GEWEHR-FABRIK

J. P. SAUER & SOHN

Verkaufshalle in BERLIN, Französische Str. 40/41.

SUHL, 189
in Thüringen.

Wachstehender Arbeiter wurde heute wegen

aus unserer Fabrik entlassen und bitten wir ganz ergebenst, demselben eine Beschäftigung nicht zu gewähren.

Mit Hochachtung

Man hat es hier offenbar mit einer geheimen Verbindung zu thun, welche den Zweck hat, jedem mitleidigen Arbeiter das Fortkommen zu erschweren. Auf diese Weise umgeht das Unternehmertum den § 118 der Gewerbeordnung, welcher besagt, daß dem Arbeiter nur auf „V. rängen“ seine Führung bezeugt werden soll. Diese geheime Verbindung stellt dem Arbeiter das harmloseste Zeugnis aus, während der Urlassbrief ihm vorantstelt. Diese Begleiterschreibungen unserer so in den Klassenkampf und für uns ein unheilvoller Beweis von dem tiefen stichtischen Niveau, auf dem unsere Bourgeoisie bereits angelangt ist. Wie haben es wirklich herzlich weit gebracht. Es lebe die Freiheit des Gewerks!

Der Arbeitsnachweis

Obgleich schon in zahlreichen Versammlungen der Nutzen und die Vorteile eines geregelten Arbeitsnachweises zur Genüge erörtert wurden, so ist doch erst kürzlich auf dem allgemeinen Metallarbeiter-Kongress in Weimar eine diesbezügliche Resolution angenommen worden, in der es heißt:

„Der Kongress erblickt in dem Arbeitsnachweis ein kräftiges Mittel zur Förderung der Arbeiterinteressen und fordert deshalb alle Metallarbeiter auf, an solchen Orten, an denen sich bereits Arbeitsnachweise befinden, die von Arbeitern geleitet wurden, nur diese zu benutzen, und wo solche nicht vorhanden sind, unverzüglich welche einzurichten, die, wenn möglich, in Einverständnis mit den Unternehmern hergestellt zu handhaben sind, das Letztere eine Kontrolle über dieselben auszuüben berechtigt sind. Wo die örtlichen Verhältnisse es nicht zweckmäßig erscheinen lassen, einen allgemeinen Arbeitsnachweis zu errichten, empfiehlt der Kongress die Errichtung von Branchenarbeitsnachweisen. Die Vertrauensmänner werden verpflichtet, diesbezügliche Geschäfts-Ordnungen auszuarbeiten und in sämtlichen in der Metallbranche bestehenden Organen zu veröffentlichen.“

Der uns übertragenen Arbeit, für die organisierten Metallarbeiter, Geschäftsordnungen zwecks Handhabung eines Arbeitsnachweises auszuarbeiten, unterwerfen wir uns um so lieber, als die Handhabung in diesen Städten eine so primitive und laze ist, daß von einem wahrhaften Nutzen dieser für die gewerkschaftliche Bewegung so überaus wichtigen Institution nicht wohl zu sprechen ist.

Da nun die Anwendung der größten

Aufmerksamkeit auf den Arbeitsnachweis von den Leitern der Gewerkschaften gefordert wird, ein gut geleiteter Arbeitsnachweis aber als der Beweis für die Stärke und Disziplin der betreffenden Gewerkschaft gilt, so müssen die Wege und Mittel, einen gut organisierten Arbeitsnachweis zu schaffen, gefunden werden.

Als Ursache der heutigen ungenügenden Arbeitsvermittlung ist wohl die Dezentralisation der Arbeitsnachweise zu betrachten. Je einheitlicher, und betonen wir es gleich, je gleichberechtigter für beide Theile derselbe eingerichtet ist, je besser und nach allen Seiten wirkungsvoller wird er sich bewähren. Gerade die einseitige Leitung der Arbeitsnachweise hat ihre Weiterentwicklung am meisten gehemmt und die Unternehmer veranlaßt, dieselben zu umgehen. Wird aber dem Unternehmer das gleiche Recht in der Leitung des Nachweises gesichert, dann wird er keine oder nur geringe Veranlassung haben, denselben zu umgehen. Ebenso verhält es sich mit der Dezentralisation der Arbeitsnachweise. Die heutige Produktionsweise erfordert das Zusammenarbeiten verschiedener Arbeiter-Kategorien auf einer Arbeitsstätte oder in einer Fabrik. Es ist für den Unternehmer viel zu umständlich, je nach Bedürfnis, sich heute an diesen und morgen an jenen Arbeitsnachweis zu wenden, um die nötigen Arbeiter zu erhalten. Aus diesem Grunde umgeht er lieber den Nachweis und nimmt die Arbeiter, wo er sie findet. Dieses ist aber gerade Dasjenige, was vermieden, was beseitigt werden soll.

Heute, wo ein verstärktes Angebot von Arbeitskräften stattfindet, wodurch die Neigung zur Lohnrückerei sich bemerkbar macht, ist es um so notwendiger, geordnete, auf Gegenseitigkeit basierende, einheitliche Arbeitsnachweise zu schaffen, und bringen wir hierher den (allerdings nicht in Kraft getretenen) Vertrag über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis-Bureaus, ausgearbeitet von dem Verbande der Eisen-Industrie Hamburg und den Metallarbeitervereinen von Hamburg-Altona zur öffentlichen Kenntniß. Wir stellen denselben hiermit zur Diskussion, dabei betonend, daß wir denselben nicht in allen Theilen billigen, wohl aber als Grundlage für die Schaffung von Nachweis-Bureaus diskutabel finden.

Vertrag

über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis-Bureaus ausgearbeitet zwischen dem Verbande der Eisenindustrie Hamburgs und den Metallarbeiter-Vereinen von Hamburg-Altona.

§ 1. Das Arbeitsnachweis-Bureau ist zu dem ausschließlichen Zweck errichtet, sowohl die Arbeitgeber auf möglichst schnelle Weise mit Arbeitern zu versorgen, als den Arbeitern auf möglichst schnelle Weise Arbeit zu verschaffen.

Alle Nebenwege sind angeschlossen; insbesondere ist eine Kontrolle der Arbeiter durch sogenannte schwarze Listen, wie auch eine Verschönerung der Arbeit nach der Reihenfolge der sich meldenden Arbeitssuchenden (Numerierung der Arbeiter) und eine Verweigerung von Arbeitern für einen bestimmten Arbeitgeber und schließliches unstatthaft, auch darf die Umgehung des Bureaus seitens eines Arbeiters für die Arbeiter des betreffenden Arbeitgebers kein Grund zum Streik sein.

Die Zuweisung von Arbeitskräften und die Verteilung von Arbeit hat vielmehr bestmöglichst den persönlichen Wünschen eines Arbeitgebers, wie auch eines jeden Arbeiters und den Fähigkeiten des Letzteren entsprechend zu erfolgen.

§ 2. Die Thätigkeit des Bureaus beschränkt sich nicht ausschließlich auf die Mitglieder des Verbandes der Eisenindustrie und diejenigen der Metallarbeiter-Vereine, sondern erstreckt sich auf jeden Arbeitgeber der Eisen- und Metallindustrie und auf jeden Arbeiter derselben, möge Letzterer einer Organisation angehören oder nicht, jedoch unter der Bedingung, daß alle Arbeitgeber und Arbeiter, die das Bureau benutzen, den Vorschriften der Geschäftsordnung desselben nachkommen. Ein eventueller Anschluß der Innungsnachweise an das gemeinschaftliche Arbeitsnachweis-Bureau soll in späteren Verhandlungen angebracht werden.

§ 3. Der Verband der Eisenindustrie

steht auf seine Kosten das Lokal nebst Mobiliar zur Verfügung. Der Verband der Eisenindustrie und die Metallarbeiter-Verbände stellen jeder je einen Geschäftsführer auf ihre Kosten.

Die Ausgaben für Feuerung, Licht, Papier und alle sonstigen Bureaukosten, sowie Besorgung etwa erforderlicher Bureauarbeiter werden von beiden Seiten zu gleichen Theilen getragen.

Die statistischen Resultate, die durch das Arbeitsnachweis-Bureau gewonnen werden, stehen sowohl dem Verbande der Eisen-Industrie, wie den Metallarbeiter-Vereinen zur Verfügung.

§ 4. Das Bureau ist geöffnet: werktätlich von 8 bis 1 Uhr Vormittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags; Sonntags von 10 bis 12 Uhr Vormittags.

§ 5. Die Beamten des Bureaus stehen unter der Kontrolle eines Aufsichtsrathes, welcher aus zwei Mitgliedern besteht, von denen eines von dem Verbande der Eisen-Industrie und eines von den Metallarbeiter-Vereinen erwählt wird. Für jedes Mitglied ist ebenso ein Ersatzmann zu ernennen.

§ 6. Arbeiter, welche sich an das Bureau wenden, haben sich zu legitimiren, und erhalten, wenn Arbeit vorhanden ist, einen Arbeitsschein, welcher den Namen und das Gewerbe des betreffenden Arbeiters, den Tag der Anstellung und den Namen der Firma aufweist, bei welcher Arbeitsgelegenheit ist. Die Arbeitsscheine müssen den Tagesstempel des Bureaus tragen und sind gültig für den Tag der Ausstellung und den folgenden Werktag.

§ 7. Arbeitgeber, welche Arbeiter suchen, machen dem Bureau Mittheilung. Hiernach wird eine stets auf dem Laufenden gehaltene Liste der Arbeitsgelegenheiten geführt, deren Einsichtnahme den Arbeitssuchenden freisteht, damit sie ihre Wünsche bezüglich der Arbeitsstelle zur Geltung bringen können.

Eine entsprechende, stets auf dem Laufenden gehaltene Liste der Arbeitssuchenden steht den Arbeitgebern zur Einsichtnahme und Geltendmachung ihrer Wünsche zur Verfügung.

§ 8. Bei der Anstellung eines Arbeiters ist demselben der Arbeitsschein abzunehmen und der Schein, mit dem Datum des Anstellungstages und der Firma des Arbeitgebers versehen, möglichst sofort dem Bureau zurückzusenden. Wird ein zugesandter Arbeitsschein nicht angenommen, so ist der Arbeitsschein von den Verbands-Mitgliedern abgestempelt, von Nichtverbandsmitgliedern zu unterschreiben und darauf dem Arbeiter zurückzugeben.

§ 9. Werden von Mitgliedern des Verbandes der Eisenindustrie ausnahmsweise Arbeiter ohne Arbeitsscheine angestellt, so ist der betreffende Arbeitgeber verpflichtet, sofort einen Arbeitsschein für den Arbeiter am Bureau einzufordern und denselben versehen mit dem Datum des Anstellungstages und seiner Firma, sogleich dem Bureau zurückzusenden.

§ 10. Hat ein Arbeiter auf seinem Arbeitsschein Beschäftigung erhalten, ohne sich zur verabredeten Zeit zur Arbeit einzufinden, so erhält derselbe in den nächsten drei Tagen, vom Anstellungstage an gerechnet, keinen neuen Arbeitsschein.

§ 11. Zur Erledigung von Streitigkeiten und zur Aufrechterhaltung der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises wird ein Einigungsamt gebildet, welches aus 4 Mitgliedern des Verbandes der Eisen-Industrie und 4 Mitgliedern der Metallarbeiter-Vereine mit je 4 Stellvertretern besteht. Die Mitglieder des Einigungsamtes haben das Recht, einen Unparteiischen als Vorsitzenden zu erwählen, welcher eine beratende, aber keine beschließende Stimme hat.

§ 12. Behufs Abmilderung von Beschwerden wird ein Ombudsman für den Aufsichtsrath im Vorzimmer des Arbeitsnachweises ausgearbeitet.

§ 13. Diese Vereinbarung ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann jederzeit ohne Kündigungsklausel aufgehoben werden.

§ 14. Die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises wird nach den in Betracht kommenden Bestimmungen dieser Vereinbarung vom Einigungsamt festgesetzt.

Im § 1 wäre unseres Erachtens der letzte Passus im Absatz 2: „auch darf die Umgehung des Bureaus seitens eines Arbeitgebers für die Arbeiter u. s. w.“ zu streichen, denn wenn ein solcher Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Faktoren abgeschlossen worden ist, so muß derselbe auch für beide Theile bindend sein.

Im § 2 wäre der letzte Passus: „Ein eventueller Anschluß der Innungsnachweise u. s. w.“ im Hinblick auf die unqualifizierte Handlungsweise der Innungen gegenüber den Arbeitern ebenfalls zu streichen.

Im § 3 ist es unseres Erachtens von besonderer Wichtigkeit, daß die Kosten

für das Lokal, Mobiliar u. s. von beiden Seiten gleichmäßig getragen werden.

Der § 9 wäre ganz zu streichen, da es nicht statthaft sein kann, daß der Unternehmer „ausnahmsweise“ Arbeiter, mit Umgehung des gemeinschaftlichen Nachweises, einstellen kann.

Im Uebrigen ist der Vertrag den jeweiligen örtlichen Verhältnissen anzupassen, schon deshalb, weil nicht überall ein Unternehmerverband existirt.

Kollegen! Da einer der vornehmsten Zwecke des Arbeitsnachweises die Pflege der Statistik ist, da ferner durch denselben die Vorkommnisse auf dem Arbeitsmarkte besser beobachtet werden können, der Werth einer etwa geplanten Arbeitseinstellung sich besser abschätzen läßt und gegen Arbeitsausperrungen rechtzeitig Front gemacht werden kann, das Streikbrecherthum mehr zurückgedrängt und das Umschauen verhindert wird, so empfehlen wir Euch, überall mit der Bildung von gemeinschaftlichen auf einheitlicher Grundlage beruhenden Arbeitsnachweis-Bureaus vorzugehen.

Wir ersuchen die Kollegen, vorstehenden Entwurf eines Vertrages betr. den Arbeitsnachweis zu diskutieren und etwaige Abänderungen u. s. an die Adresse von Theodor Schwarz, Altschilde Nr. 16, Bübeck, spätestens bis zum 10. November gelangen zu lassen, damit die Konferenz sich endgültig darüber schlüssig machen kann. Mit kollegialem Gruß

Theodor Schwarz,
Vertrauensmann der Eisen- und Metall-Geseler.

W. Mejer,
Vertrauensmann der Klempner (Spängler)

Edmund Goldbach,
Vertrauensmann der Feilenhauer.

Martin Segitz,
Vertrauensmann der Metall-Arbeiter.

Karl Dreder,
Vertrauensmann der Schlosser und

Maschinenbauer.

Bericht

über den zu Neudenburg am 7. September abgehaltenen Delegirten-Tag der Metallarbeiter der Provinz Schleswig-Holstein.

Die Tagesordnung war folgende:

1) Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse in der Metallarbeiter-Branchen.

2) Auf welche Art und Weise ist es uns möglich, in den Orten, wo bis dato keine Organisation besteht, eine solche zu schaffen.

3) Wahl eines Vertrauensmannes für die Provinz.

4) Regelung einer einheitlichen Wanderunterstützung.

5) Fassung eines festen Beschlusses in Betreff der Agitations-Marken anstatt der Sammellisten.

6) Verschiedenes.

Vertreten waren die Orte: Flensburg (3 Delegirte, Former, Metallarbeiter und Klempner); Schleswig (1 Delegirter, Metallarbeiter); Neudenburg (4 Delegirte, Metallarbeiter, Former, Klempner und Kesselschmiede); Neumünster (2 Delegirte, Metallarbeiter); Tschöbe (1 Delegirter, Metallarbeiter); und Kiel (1 Delegirter mit 2 Mandaten für Former, Schlosser und Maschinenbauer).

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhalten in oben angeführter Reihenfolge der Orte die betreffenden Delegirten das Wort.

In Flensburg beträgt die tägliche Arbeitszeit meistens 10 Stunden. Nebenstunden und Sonntagsarbeit, sowie Akkordarbeit kommt außer auf den Schiffswerften wenig vor. Der Minimallohn beträgt 18—21 „. Nur ein geringer Theil der Metallarbeiter ist organisiert.

In Schleswig beträgt die tägliche Arbeitszeit 11—12 Stunden, der Durch-

Schnittlohn 28 J pro Stunde; ca. 2/3 von den Berufsgeoffenen sind organisiert. Die Lehrlinge werden zum Theil von den Meistern beschäftigt, und zum Theil mit 6 J pro Stunde honorirt.

In Rendsburg ist die schwache Organisation in dem vorherrschenden Indifferentismus der Kollegen auf der Karsthütte begründet. Fast der größte Theil derselben wohnt auf dem Lande und besitzt ein kleines Anwesen. Für 10stündige Arbeitszeit beträgt der Tageslohn ca. M. 2,40. Da jedoch meistens im Akkord gearbeitet wird, erhöht sich der Lohn um ein Geringses. Das Ueberarbeiten hat sich leider bis dato stark erhalten. In treffender Weise werden die von der Direktion der Karsthütte eingeführten sogenannten „Arbeiter-Prämien“ gezeilt.

In Neumünster arbeitet der größte Theil der Metallarbeiter (ca. 500) in der königlichen Reparaturwerkstatt, wo auch ziemlich auskömmliche Löhne bezahlt werden. In den übrigen Etablissements beträgt der Stundenlohn 28—24 J für gelernte, und 24—28 J für ungelernete Arbeiter. Durch meist übliche Akkordarbeit wird der Lohn um etwas erhöht. Gehilfen, welche bei Kleinmeistern arbeiten, bekommen 16—18 M ohne, und 6—8 M mit Kost und Logis wöchentlich. Bessere Einrichtung, welche ganz besonders noch bei den Schlossern vorhanden ist, wird als eine die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hinderliche bezeichnet. Bei der Firma Rohwer u. Ehlers, welche ca. 150 Arbeiter beschäftigt, stellen die Formen das größte Kontingent und sind leider auch als die Indifferentesten zu bezeichnen. Das bei denselben noch übliche Ausschichtsystem wird als höchst verwerflich, in die moderne Zeit nicht mehr passend, bezeichnet. Die Arbeitszeit beträgt fast durchweg 10 Stunden, bei nur selten vorkommender Ueberzeitarbeit.

In Szehe gehören von ca. 180 in der Metallindustrie Beschäftigten ca. 40 dem Fachverein an. Im Uebrigen bedarf sich die dortigen Zustände in der Hauptsache mit den von Neumünster angeführten.

In Kiel sind von 110 beschäftigten Mannern 85 organisiert. Von fast eben so viel Formern sind ca. 75 organisiert. In den beiden Branchen wird fast durchweg im Akkord gearbeitet und sind die Löhne mit einigen Ausnahmen den Verhältnissen ziemlich entsprechende. Von den Schmieden ist wenig oder gar nichts bekannt. Den geringsten Prozentsatz zur Organisation im Verhältnis stellen die Schlosser und Maschinenbauer.

Von den weit über 2000 am Orte beschäftigten sind nur ca. 300 organisiert. Diejenigen, welche bei Kleinmeistern arbeiten, stehen im Verhältnis am besten zur Organisation. In der Hauptsache beruht die geringe Beteiligung in der Hauptsache der Kollegen von der kaiserlichen Werft und den beiden Privatwerkstätten „Gowalbt“ und „Germania“. Die Arbeitszeit beträgt bei allen Branchen täglich 10 Stunden. Ueberstunden kommen außer den zuletzt genannten Etablissements wenig vor.

Punkt 2 und 3 der Tagesordnung werden verschmolzen resp. durch den Zusatz: „Wie sind die bestehenden Organisationen auszubauen“, erweitert. Fast sämtliche Delegirte machen hierzu Ausführungen, welche im Wesentlichen übereinstimmen, und besonders in lebhafter Weise den momentan gegebenen Zustand, betreffend den Kampf der organisierten Arbeiter gegenüber dem organisierten Kapital in treffender Weise beleuchten, und von der in Aussicht stehenden Konferenz sämtlicher organisierten Gewerkschaften erwarten, daß Mittel und Wege zur Erzielung von notwendig widerstandsfähigeren Organisationsformen gefunden werden.

In Folge von Flensburg erwähnter Konflikte zwischen dem Werftarbeiterver-

band und Schiffsbauerverein geben sämtliche Delegirte kund, daß es besondere Aufgabe der Agitation sei, dahin zu wirken, daß es den separirten und indifferenten Organisationen begreiflich gemacht werde, daß unsere erste gemeinsame Aufgabe sein muß, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zu wecken, um so zielbewußte Arbeiter für wirklich zweckentsprechende Organisationen heranzuziehen.

Hierauf wird zum Bezirksvertrauensmann für sämtliche Metallarbeiter der Provinz S. Vionau-Neumünster einstimmig gewählt.

Zum 4. Punkt führen mehrere Redner aus, daß es notwendig sei, hierzu einen festen, den Verhältnissen entsprechenden Beschluß zu fassen. Die Lasten der Wanderunterstützung seien zu ungleichmäßig vertheilt, besonders die kleineren Orte, wo nur ein Verein besteht, würden zu sehr beansprucht. Zur Regelung werden verschiedene Vorschläge gemacht. Nach längerer Auseinandersetzung wird zwar anerkannt, daß die geführten Klagen berechtigt sind, daß jedoch wirklich zweckentsprechende Abänderung nur durch eine andere Organisationsform zu erwarten sei. Den Beteiligten wird empfohlen, nur in den zwingendsten Fällen die Reiseunterstützung zu reduzieren. Da, wo mehrere Vereine bestehen, hat man sich insoweit zu verständigen, daß man sich klar ist, wer Unterstützung erhalten soll, und welcher Verein in den verschiedensten Fällen die Unterstützungspflicht zu übernehmen hat. Hierzu wird noch besonders auf die Beschlüsse des Weimarer Kongresses verwiesen.

Ueber Punkt 5 treten anfänglich verschiedene Meinungen über den Nutzen des Markensystems, resp. den Schaden des Listensystems zu Tage. Zuletzt wird jedoch Einigung erzielt und der Bezirksvertrauensmann von sämtlichen Delegirten beauftragt, sich behufs Einführung des Markensystems in der Provinz mit den Vertrauensmännern in Verbindung zu setzen.

Unter Punkt 6 der Tagesordnung kommt unter Anderem das Vorgehen von Diebrieh-Hamburg zur Sprache, wobei gleich konstatiert sei, daß in der Provinz für derartige Sonderbestrebungen Niemand zu erwärmen, vielweniger zu begeistern ist.

Zum Schluß wird noch der sehr berechtigten Wunsch ausgesprochen, daß an den Orten, wo mehrere Vereine bestehen, der Passus der Weimarer Resolution, welcher lautet: „Der Kongreß spricht den lebhaftesten Wunsch aus, daß an allen Orten wo Branchen- und allgemeine Metallarbeiter-Vereine bestehen, die Vereine ein einheitliches Vorgehen beobachten“, in richtiger Erkenntniß unserer Lage streng eingehalten wird.

Die Regelung der Geschäftsleitung für die Provinz ist laut Beschluß des Delegirtentages den Vertrauensmännern und dem Bezirksvertrauensmann überlassen worden und erfolgen eventuell hierzu diesbezügliche Bekanntmachungen.

Der erste sächsische Metallarbeitertag

hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen und nahm in jeder Richtung einen befriedigenden Verlauf. Die Verhandlungen wurden am Sonntag, den 21. September, Vormittags halb 11 Uhr, im Saale der Wartburg zu Chemnitz, von dem Einberufer Carl Niemann, eröffnet. Derselbe begrüßte die Delegirten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen der Bewegung im Allgemeinen und speziell den sächsischen Metallarbeitern zum Segen gereichen mögen. Betreten waren die Städte Chemnitz, Leipzig, Dresden, Wittweiba, Penig, Döbeln, Solzern, Werben und Zwickau durch 38 Delegirte. Außerdem war der Vertrauensmann der Metallarbeiter, Segitz, anwesend.

In das Bureau wurden C. Niemann (Chemnitz) und Schiemann (Leipzig) als Vorsitzende, Siegerist (Dresden) und Rätzer (Chemnitz) als Schriftführer ge-

Wieder den 1. Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter“, referirte Kollege Juchaczewski in einem einflußreichen Vortrag. Redner besprach die Lohnverhältnisse, welche bei einer Arbeitszeit von 10—12 Stunden zwischen 7 und 26 Mk. variiren; Löhne über 20 Mark können nur durch Ueberstunden oder Akkordarbeit erzielt werden. Das Straßensystem ist in der raffinsten Weise ausgebildet, die Beherrschung der Arbeiter und Ausbeutung spottet jeder Beschreibung. Das Kapital schließt sich immer mehr zusammen und vernichtet das Kleingewerbe in zunehmender Progression. Das Vorgehen der Arbeiter gegen die allzu krasse Ausbeuteret hatte zur Folge, daß auch die Kapitalisten sich vereinigt und ein wahres Kesseltreiben gegen die ihrer Lage sich bewußten Arbeiter organisiert haben. Ihnen leisten treue Dienste die Werkmmeister, welche die Arbeiter immer auch außerhalb der Fabrik beobachteten. Das Bischen Arbeiterschutz, welches den Arbeitern nun zu Theil werden soll, hat den Horn der Unternehmer in hohem Grade hervorgerufen. Die Chemnitzer Handels- und Gewerbestammer hat aber den Entwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung ein Gutachten abgegeben, das vom monarchistischen Standpunkt aus nichts zu wünschen übrig läßt. Die Anwendung der Gesetze sei in Sachsen eine ganz merkwürdige. Was Innungen, Unternehmerverbänden zugekattet ist, wird Arbeiterorganisationen verweigert. Diese Zustände machen eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse zur zwingenden Nothwendigkeit. Aber auch die Organisationen der Arbeiter müßten verbessert werden, da sie in ihrer jetzigen Form nicht mehr genügen. Eine Zusammenfassung aller Kräfte sei nothwendig. Mit unerschütterlichem Muth müssen auch die Metallarbeiter ihre Rechte verteidigen, „Vandgraf werde hart!“, muß ihre Losung sein.

An der Debatte beteiligten sich C. Niemann (Chemnitz), Siegerist (Dresden), Arnold (Leipzig), Krause (Chemnitz) und Zaubert (Chemnitz). Die Redner, welche mehr auf lokale Verhältnisse Bezug nahmen, berichteten mitunter ganz unglückliche Verhältnisse und waren einstimmig der Meinung, daß eine weitere Verschlimmerung nur durch engsten Zusammenschluß der Arbeiter verhindert werden kann. Nachdem der Referent noch einmal das Wort ergriffen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der in Chemnitz tagende sächsische Metallarbeitertag erkennt die heutige wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter Sachsens resp. Deutschlands als eine solche, die eine menschenwürdige Existenz in den wenigsten Fällen ermöglicht. Er erachtet es deshalb als die bringendste Pflicht der sächsischen resp. deutschen Metallarbeiter, überall, wo die Möglichkeit vorhanden ist, kräftige Organisationen für die Arbeiter und Arbeiterinnen in's Leben zu rufen, um einer weiteren Verschlimmerung vorzubeugen. Eine dauernde Verbesserung ihrer Lage erblicken die Versammelten nur in einem durchgreifenden Arbeiterschutzgesetz und fordern deshalb den Reichstag auf, den Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion zum Gesetz zu erheben.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Organisation und Agitation“ ergriß in erster Linie Herr C. Niemann (Chemnitz) das Wort, der, aufzuführend an die Kongreßbeschlüsse in Weimar, den Vorschlag machte, Sachsen in Bezirke einzutheilen und für jeden Bezirk einen Vertrauensmann zu ernennen, welche die Agitation planmäßig zu betreiben haben. Redner hält es für zweckmäßig, daß die Metallarbeiter sich in einer großen Organisation zusammenfinden, obwohl es den sächsischen Kollegen kaum möglich sein werde, sich anzuschließen. Nachdem der Redner noch die speziellen Schwierigkeiten, mit denen die Agitation in Sachsen zu kämpfen hat, als da sind: Eifersüchteleien der einzelnen Organisationen untereinander, politische Maßnahmen, Saalabtreiberetien zc. zc., eingehend besprochen hatte, kommt er zu dem Schluß, daß, nachdem in Sachsen eine Zentralisation mit den übrigen Genossen Deutschlands nicht gebildet wird, man sich wenigstens örtlich zentralisiren sollte. In scharfen Worten rügte Herr Niemann auch das Vorgehen von Diebrieh und Genossen in Hamburg, sowie das Verhalten des „Bruder Schmiebe“ gegen die Kongreßbeschlüsse in Weimar. Die Debatte über diesen Punkt gestaltete sich zu einer sehr lebhaften. Herr Segitz führte aus, daß, so wünschenswert es auch wäre, in den einzelnen Orten gemeinsame Organisationen zu errichten, man doch die Kongreßbeschlüsse von Weimar beachten müsse, durch welche alle Verhältnisse gebührend berücksichtigt wurden. Man dürfe nicht in den Fehler der Herren Diebrieh und Genossen verfallen, die da glauben, den Willen der Gesamtheit mißachten und auf eigene Faust handeln zu dürfen. Je mehr sich die einzelnen Gruppen von der Gesamtheit trennen, desto mehr sinkt ihre Leistungsfähigkeit. Organisationen, die es im günstigsten Fall auf einige Tausende von Mitgliedern bringen können, kämen bei den heutigen Verhältnissen kaum mehr in Betracht; in Hamburg habe es sich gezeigt. Wo waren denn die Schmiede zc., die immer ihre Leistungsfähigkeit so sehr hervorhoben,

als es galt, die Mittel für die Gemäßregelungen aufzubringen? Die nicht zentralisirten Metallarbeiter haben mindestens das Zehnfache geleistet. Er mache daraus Niemanden einen Vorwurf, aber man sollte endlich einmal sich mit den Verhältnissen, wie sie durch den Kongreß in Weimar geschaffen wurden, abfinden und nicht durch ausschweifende Gründungen die Genossen empören und Jähleträchtigkeit; damit besorge man nur die Geschäfte der Segner.

Koll (Leipzig) und Straube (Chemnitz) treten den Ausführungen Segitz entgegen. Sie haben ebenfogat für die Hamburger gesteuert, wie die übrigen Metallarbeiter, der „Bruder Schmiebe“ habe ihren Organisationen gute Dienste geleistet, mit Theiß selbst wollen sie keine Gemeinschaft haben, aber den „Thurnbau zu Babel“-Artikel seien sie ebenso empört gewesen wie die übrigen Metallarbeiter und haben darüber auch Theiß interpellirt, man dürfe nicht alle Schuld Theiß in die Schuhe schieben, auch die Metallarbeiter-Zeitung habe gefehlt, ihm keine zwischen den beiden Organen mehr Konkurrenzstreit zu liegen. Für die Handlungen Diebrieh könne Theiß nicht verantwortlich gemacht werden, es müßte Frieden geschlossen werden und dazu müsse auch die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Hand bieten. (Wir wären sehr dankbar, wenn uns nachgewiesen würde, wann und wo wir jemals den „Bruder Schmiebe“ provoziert haben. So gutmüthig sind wir allerdings nicht, daß wir fortwährend auf uns herumtrampeln lassen. Wer hat es denn Theiß geheißt, schon vor dem Kongreß gegen die „Metallarbeiterzeitg.“ zu hegen? Red.)

Carl Niemann: Der Schlosser-Verband sei nicht das Werk Diebriehs allein, dieser sei vielmehr nur vorgeschoben, durch Diebrieh wolle Theiß seine isolirte Stellung in der Metallarbeiterbewegung decken. Auch in der Presse müßte die Zentralisation eines Berufes ihren Ausdruck finden, kleine Organisationen und kleine Vorkongreßorgane können nichts leisten. Der Vordredner habe betont, daß die Organisation der Schmiede sich bedeutend gehoben habe, dieses wäre vielleicht noch vielmehr der Fall, wenn man für die allgemeine Vereinigung gewirkt hätte. Theiß entschuldige sein Vorgehen immer mit der „Dummheit der Schmiede“, er glaube, daß die Schmiede Herrn Theiß nur zu gefehlt sind und daß man sie dadurch in der Dummheit erhalten wolle, daß man sie von dem Gros der Metallarbeiter trennt.

Segitz: Koll habe erklärt, es müßte Frieden geschlossen werden und damit sei er auch einverstanden. Koll hat sich jedoch an die falsche Adresse gewandt: die Friedensstürzer sitzen in Hamburg! Die Streitigkeiten, die vor dem Kongreß sich abgewickelt haben, seien in Weimar beigelegt worden, er (Segitz), habe dazu beigetragen, indem er dafür stimmte, daß dem Vertrauensmann der Schmiede ein Vertrauensvotum zu Theil wurde. Keun aber war der Kongreß vorüber, als Theiß auf's Neue durch seinen „Thurnbau zu Babel“-Artikel Uneinigkeit gesät habe. Verleugender hat wohl noch kein Segner über die Bewegung geurtheilt als der Bruder Schmiebe in diesem Artikel. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ begünstigte sich damit, das Theiß'sche Geistesprodukt tiefer zu hängen. Nun kamen die Quertreibereien Diebriehs. Theiß, als stellvertretender Vertrauensmann, hatte die Verpflichtung, die Kongreß-Beschlüsse auszuführen und mußte deshalb, da auf dem Kongreß beschlossen wurde, von Errichtung zentralisirter Organisationen und Gründung von weiteren Blättern für die Metallarbeiter Abstand zu nehmen, dem Vorgehen Diebriehs entgegenzutreten. Statt dessen hat Theiß Diebriehs Pläne in jeder Richtung unterstützt und sucht in seiner neuesten Nummer durch ein methodisches Zahlenerperiment dessen Vorgehen zu beschönigen. Wer das Kongreßprotokoll zur Hand hat, wird finden, was es mit dem Theiß'schen Zahlenspiel für eine Bewandniß hat. Außerdem erklärt der „Bruder Schmiebe“ noch sein volles Einverständnis mit Diebrieh in einem Artikel, dessen Schlußworte lauten: „Gleichzeitig mit der Gründung einer Zentralisation wurde von den Schlossern und zwar vom 1. Oktober d. J. an, die Herausgabe eines eigenen Organs geplant. Die erste Nummer derselben liegt bereits vor uns. Das Blatt führt den Titel „Der Schlosser und Maschinenbauer“, . . . soll vorläufig monatlich 2 Mal herausgegeben werden. Wir heißen diesen neuen Bundesgenossen im Kampfe gegen das Unrecht herzlich willkommen und wollen hoffen, daß derselbe in treuer Brüderlichkeit mit dem „Bruder Schmiebe“ helfen wird, das Ziel aller Arbeiter näher zu rücken. Den Kollegen allerorts empfehlen wir noch, den Schlossern ihrer Bekanntschaft ein kräftiges Eintreten für deren Zentralisation zu empfehlen, sowie auch für das geschaffene Organ derselben einzutreten.“ Damit ist klar und deutlich bewiesen, daß Theiß eine Separatstellung in der Metallarbeiterbewegung haben wolle, daß er darauf ausgehe, die Bewegung zu zersplittern. Wer die Beschlüsse der Gesamtheit so mißachtet, hat keinen Anspruch auf Anerkennung der Genossen. Jeder muß sich dem Willen der

Gewerkschaft unterordnen, wer das nicht thut, gehört nicht zu uns.

Gundermann (Schmieb) unterstützt die Ausführungen Segis in allen Punkten und glaubt, daß die Schmiebe viel weiter wären, wenn sie der Gesamtheit angehören würden.

An der Debatte über den Vorschlag zur Organisation beteiligten sich fast alle Delegirte und fanden schließlich folgende Resolutionen einstimmig Annahme:

- 1. Der sächsische Delegirtenrat der Metallarbeiter beschließt, zwecks Regelung der Agitation vier bestimmte Bezirke je einen Vertrauensmann zu ernennen, welche verpflichtet sind, sich mit den Berufsge nossen der verschiedenen Orte ins Einvernehmen zu setzen und Vereinigungen für die Metallarbeiter allerorts zu er richten.

Als Vertrauensmänner wurden ernannt: Koll (Leipzig), Schmieb; Grenz (Chemnitz), Formner; Juchschwerdt (Chemnitz), Metallar beiter; Näther (Chemnitz), Klemper; als deren Obmann G. Niemann, (Chemnitz).

Zum Schluß gelangte noch folgender Antrag zur Verhandlung und einstimmigen Annahme: „Stelle den Antrag, im Namen der Leipziger Schmiebe: Eine Petition an den Sächs. Landtag vorzulegen, daß das Ver eingesetz gleichmäßig angewendet werden solle.“

Elbing, im September. Am 11. Sept. fand hier ein Massenprozeß statt, nicht weniger als 60 Klemperer der Neufeldt'schen Metallwarenfabrik, Aktiengesellschaft, waren angeklagt wegen Vergehen gegen § 110 des Reichsstrafgesetzbuchs und §§ 152, 153 der Gewerbeordnung bezw. gegen §§ 258, 48 des Strafgesetzbuchs.

Zum Schluß sei noch angeführt, daß Herr Stadtrath H. Neufeldt eine der Haupt stützen der hiesigen liberalen Partei, seinen Arbeitern die Angehörigkeit zu einem Fach verein bei Strafe der Entlassung untersagt hat, dafür aber gnädigst gestattet, daß seine Arbeiter sich den Gewerbevereinen Hirsch-Dunder'scher Richtung anschließen.

Korrespondenzen.

Dreher.

Hamburg. Der Fachverein der Metall breher hielt am 19. September seine regel mäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst „Regelung der Reiseunterstützung“, und wurde nach längerer Debatte beschossen, daß die Reiseunterstützung nach wie vor während des Winterhalbjahres gewährt werde und zwar 75 Pfg. für Dreher, welche nachweisen, daß sie einem Fachvereine angehören und sich ordnungsgemäß abgemeldet haben.

Formner.

Fürstentwale. Am 17. September wurden in der Fabrik von Julius Pintsch hier die Formner Louis Käbler und Hermann Welland, wovon Ersterer über 10 Jahre, Letzterer 4 1/2 Jahre im Geschäft thätig waren, plötzlich ohne Angabe irgend eines Grundes, wie es die humane Fabrikordnung erlaubt, entlassen.

in Acht und Bann gekommenen Formner nicht entbehren konnte. Hat ja der Herr Kommerzienrath Pintsch vor einiger Zeit selbst erklärt: „Ja, das ist eben das Be dauerliche, daß Sozialdemokraten meistens die tüchtigsten Arbeiter sind.“ Auf welche Art und Weise Herr Eberhard mitunter seine Stellung mißbraucht, ergibt sich z. B. daraus, daß er vor einiger Zeit einem Formner, welcher das Arbeitsverhältnis lösen wollte, erklärte: „Wenn Sie aufhören, lasse ich Ihren Vater und Ihren Bruder auch.“

Holzern. Am 24. August hielt der Unterstützungsverein der Formner, Selbigeher und Kernmacher sein erstes Stiftungsfest ab. An diesem Tage, welcher vom schönsten Wetter begünstigt war, haben die hiesigen Arbeiter gezeigt, wie Proletarier ihre Feste feiern, sie sind keine rohen Gesellen, die raufen und stechen, wie ein hiesiger Meister gedacht hat.

Boordt. Wir machen hiermit allen Kollegen die Mitteilung, daß auch endlich hier ein Formnerverein gegründet ist. Dieser Fortschritt ist uns so sehr zu begrüßen, daß bis auf einige sämmtliche Kollegen von den hier bestehenden Bäckereien dem Verein beigetreten sind, so daß sich die Zahl bis auf 84 Mitglieder beläuft.

Altenner.

Altenner. Die Sperre über die Fabrik von Georg Haller dauert unabdingt fort.
Präsident. Am 2. August tagte im Vereinslokale eine außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Blecharbeiter für Dresden und Umgegend. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde, da der 1. Vorsitzende Herr Hertwig von Dresden heimlich nach Leipzig verhuscht ist, Kollege Carl Richter einstimmig gewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Kassiers wurde Kollege Schwab gewählt; als Beisitzer die Kollegen Fischer, Matthes und Jähnichen; an Stelle des abgereisten Obmannes des Arbeitsnachwelses Kollege Neumann; als Kontrollenre die Kollegen Meinhöfel und Reinold. Sodann wurde laut Beschluss der Versammlung vom 19. Juli Kollege Gustav Verhold, welcher bei der Firma Julius Plinisch arbeitet, aus dem Verein ausgestoßen.

Metall-Arbeiter.

Dorna i. S. Am 14. September hielt der hiesige Metallarbeiter-Unterstützungs-Verein eine Mitgliederversammlung ab, welche von 80 Mitgliedern besucht war; es wurde unter Anderem Folgendes beschlossen: Die Unterstützung an reisende Kollegen, welche statutengemäß in der Höhe von 50 A zur Auszahlung gelangen sollte, ist vorläufig nur in der Höhe von 25 A zu geben, da es unsere Kasse bei dem niedrigen Stand der Mitglieder nicht erlaubt, mehr zu zahlen. Es ist eine traurige Tatsache, daß hier noch so viele Arbeiter sind, welche dem Verein gleichgültig gegenüberstehen. Wir richten an alle Mitglieder das Ersuchen, recht kräftig für unseren Verein zu agitieren, damit er ebenfalls erstarkt. Die schlaftrigen Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, die Versammlungen recht pünktlich und zahlreich zu besuchen. — Die Unterstützung wird beim Kassier Reinhold Hornemann, Mittags von 12 bis 1 Uhr in Hentschels Maschinenfabrik in Grimma und Abends von 7 bis 8 Uhr in seiner Wohnung, Wiesenstraße 118, ausbezahlt.

Ellenburg. In der am 7. September stattgefundenen Generalversammlung wurden als 1. Vorsitzender, Hr. Horn als 2. Vorl., A. Seyfert als 1. Kassier, Gust. Brett als 2. Kass., Johannes Beckmann als 1. Schriftführer, Konther als 2. Schriftf., Hennings und Dürr, Rediktoren. Als Kassier für den Unterstützungsfond wurde Kollege Münch gewählt. An den Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer, Breder, wurden Mt. 75.49, an den Vertrauensmann der Feilenhauer, E. Goldberg, Mt. 9.15 in der Zeit vom 10. Juni bis 2. Oktober gezahlt. Der Kasienbericht ergab Mt. 92.28. Das Reuegehalt wird bis auf Weiteres vom Kollegen Seyfert in Höhe von 75 Pfennig ausbezahlt. Gelder gibt es auch bei uns noch viele indifferente Mitglieder und läumige Häfler, welche wir zu veröffentlichen gezwungen sind. Es sind dies Lehner, Feilenhauer, Marg, Felsmann, Starke, Schlosser, John und Neumann, Formier. Der Feilenhauer Joseph Ständel aus München schuldet dem Verein noch 1 Mt. 10 Pfa., und bitten wir, denselben wo er angetroffen wird, an seine Pflichten unserem Verein gegenüber zu erinnern.

Bonn. Am 17. September sprach hier Herr Reichstagsabgeordneter Schwarz aus Böhden in einer allgemeinen Metallarbeiter-Versammlung. Noch auf dem Kongress in Weimar, begann der Redner, der vor wenigen Monaten tagte, waren wir der Meinung, daß die bisherige Organisation einzelner Branchen vorläufig noch genüge, wurden aber bald eines Besseren belehrt, als seitens des Unternehmertums die Massenaußspernung der Arbeiter in Hamburg erfolgte. Hierbei stellten sich sofort die Mängel heraus, welche die heutige gewerkschaftliche Organisation als durchaus ungenügend kennzeichnete. Wenn es den Hamburger Arbeitern nicht gelungen wäre ein Darlehen von 62,000 A zu erhalten, um dem ersten Anprall zu widerstehen, so wäre der Coup der Unternehmer gelungen. Der Apparat der Arbeiter konnte nicht sofort funktionieren, weil die einheitliche Organisation fehlte; hier muß der Hebel angelegt und es müssen Organisationen geschaffen werden, die gruppenartig die einzelnen Branchen vereinigen, mit einem Wort, den Kartellen des Unternehmertums müssen die Kartelle der Arbeiter gegenübergestellt werden. Der Redner kreifte alsdann die Entwicklung der modernen Produktion in England und Frankreich; in Deutschland sei dieselbe erst 30 Jahre alt. Erst nach Einführung der Gewerbefreiheit habe sie sich entfalten können. Allergesellschaftlichen seien entstanden, Kapitalisten hätten sich assoziiert, die Teilung der Arbeit habe sich vollzogen, die Frau und das Kind habe in der Industrie Verwendung gefunden, die Akfordarbeit habe sich entfaltet zum größten Wohlthel für die Arbeiter, und so irien wir jetzt in das letzte Stadium eingetreten, in das Stadium der Kartelle, dem die Ablösung durch den Staat

folgen müsse. Wenn früher die Forderung der Arbeiter, Regelung der Produktion, erhoben worden sei, habe man von Utopien gesprochen, heute fangen die Kartelle an, auf diesem Gebiete zu arbeiten; um eine Lieberproduktion im Maßstab zu verhindern. Die Arbeiter, nach 14jähriger Ausnahmestellung unter dem Sozialistengesetz geschult, sprechen den Unternehmern das Recht nicht ab, sich zu verbinden, verlangen aber für sich das gleiche Recht. Das Kartell der Eisenindustrie, das eine Arbeitermasse von ca. 244,000 Mann in sich birgt, habe durch die Einführung von Entlassungsbescheiden mit angehängtem perfortierten Bensch die entlassenen Arbeiter, die nirgends mehr Arbeit finden, einfach dem Hungertode preisgegeben und hier müsse von dem Schwere der Strafrichter eingegriffen. Nach dem 1. Oktober werden die Arbeiter energisch die Forderung stellen: Gleiches Recht für Alle! Bezüglich der Organisation bemerkt der Redner, man müsse auch die nicht gelernten Arbeiter organisieren, weil durch den Konkurrenzkampf immer mehr gelernte Arbeiter aus ihrem Berufe verdrängt werden. Er schließt seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß die im November in Berlin tagende Gewerkschaftskonferenz dazu beitragen werde, die gewerkschaftliche Organisation so zu reorganisieren, daß sie im Stande ist, auch den Unternehmerverbänden erfolgreiches Widerstand zu leisten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich vollständig mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Reichstagsabgeordneten Schwarz, einverstanden.“ Trozdem die Versammlung sehr stark besucht war, herrschte eine peinliche Stille, welche wohl nicht der guten Ueberwachung seitens der Polizei, sondern dem ruhigen sachlichen Referate des Herrn Schwarz zuzuschreiben war. Am Schluß wurde dem Redner lebhafter Beifall zu Theil.

Bösch a. M. In der Versammlung des Metallarbeitervereins am 18. September hat unser Kollege Edelberger wegen verschiedener Zwischenigkeiten, die im Verein stattgefunden haben, sein Amt als 1. Vorsitzender niedergelegt. Dafür wurde Kollege Bertram, Kasinofstraße 1, gewählt.

Karlruhe. Im September. Ein Blick in die deutsche Metallpatronen-Fabrik. Die staatlichen Industrien sollen nach den Worten des kaiserlichen Erlasses vom Februar dieses Jahres bekanntlich als Musteranstalten der staatssozialistischen Fürsorge gelten. Wie weit dieser Wunsch noch von seiner Erfüllung entfernt ist, dafür sind schon manche Beispiele gebracht worden. Eine der Hauptforderungen ist die Sonntagruhe. In der Patronen-Fabrik geht es zuweilen am lieben Sonntag recht unruhig her. Am vorletzten Sonntag waren Arbeiter eines bekannten Meisters, wie so oft schon an Sonntagen zur Arbeit gezwungen. Die Leute begingen nun das entsetzliche Verbrechen, einige Minuten länger bei ihrem Frühstück zu sitzen, als es dem Herrn Meister und dem vorgehenden Herrn Direktor recht schien. Herr W. begab sich deshalb in die Wirthschaft und verführte dort den Leuten, daß sie schleunigst zu ihrer Arbeit zurückzukehren haben, er werde am Montag mit ihnen abrechnen. In der Werkstatt wurden die Arbeiter mit einer Fluth von Schimpfwörtern überschüttet; es schien ihnen unmöglich, daß sie von einem Menschen, der auf Bildung Anspruch hat, herrihren können. Das war am Tag des Herrn!“, an welchem man ausruhen sollte, um für die neue Aufstellung neue Kräfte zu sammeln. Es verließen vier der Arbeiter noch am Sonntag Morgen die Fabrik und wurden deshalb entlassen. An Herrn W. richten wir die Frage: haben diese Arbeiter nicht jeden Sonntag genug geleidet, wenn sie bis Sonntag Abend durch 30 bis 35 Stunden Aufenthalt sich abschnitten? War dem gegenüber die Verlängerung der sonntäglichen Frühstückspause eine so unverzeihliche That? Darunter befanden sich auch einige Leute darunter, welche sich nicht als Menschen fühlten und ein solch unanständiges Benehmen sich gefallen ließen. Diese Arbeiter kennen noch nichts von Ehrgefühl und von der Macht der Organisation und Zusammengehörigkeit. Bei dem Meister bestätigte sich wieder so recht die Regel, daß man durch Brutalität die Bildung nicht erlangen kann. Unwollender und zugleich ordnbarer hat sich noch Niemand über die Ziele der Arbeiterbewegung ausgedrückt als dieser „Herr“, der noch vor einem Jahre selbst nicht mehr war, als jeder andere Arbeiter der Fabrik. Ist denn sein Gedächtniß so schwach? Erinnert er sich seiner eigenen Unvollkommenheiten von damals nicht mehr? Wie würde er z. B. geurtheilt haben über Leute, die sich zu Zwischenträgern hergeben und auf deren benutzungslose Arbeit der Meister seine Behandlung der Arbeiter aufbaut? Die Arbeitszeit in der deutschen Metallpatronen-Fabrik verbiente einmal einer genaueren Untersuchung unterworfen zu werden. Sie beschränkt sich nicht auf die Zeit von 12 bis 14 Stunden; es begegnet manchem Arbeiter nicht nur einmal in der Woche,

daß er 25 bis 30 Stunden ohne Unterbrechung zu thun hat. Deswovon er sich, so paßirt ihm, daß er als Arbeitsloser an die Luft gesetzt wird, nachdem er der Profitwuth anderer Leute sein Leben und seine Gesundheit geopfert. Wie ericht man in dieser Fabrik auf die unzulässige Ausbeutung der Arbeitszeit ist — nach dem Grundsatz: Zeit ist Geld! — das ergibt sich auch aus folgender Betrachtung, für welche wir die Vergeltung der verehrten Beseranten erbitten. An jenem bekannten unheimlichen Orte fällt sich gewiß Niemand länger auf, als es die Noth vorschreibt. Die Patronen-Fabrik besteht zudem nur stille Plätze von derartigem Comfort, daß der Aufenthalt dabelst nicht als gesundheitsfördernd angesehen werden darf. Die Dircction scheint der Ansicht zu sein, daß die Arbeiter, ähnlich wie es der Herr Vogel von Falkenstein den Soldaten bezüglich der Kasernen imputirt, eine Art Ferienaufenthalt aus diesen unwirthlichen Räumen machen könnten. Ein Kompliment für die sanitäre Einrichtung in den Arbeitsstätten enthält diese Annahme allerdings nicht. Genug, daß weibliche Wachsosten aufgestellt sind, um die Zeit festzustellen, welche jeder Besucher dieses Raumes darin verbringt. Findet die Behörde, daß man zu lange in dieser Ferien-Kolonie verweilt, so büßt der Delinquent den Ueberzuch an Erholung mit einem Lohnabzug. Das weibliche Geschlecht ist nicht das schwächere; würde man Männer auf diesen abscheulich überreizenden Platz als Auszubildete stellen, sie hielten es nicht aus. Wir wollen unseren Blick abwenden und die Arbeiter der Fabrik auffordern, für eine anständige Fabrikordnung, eine mäßige Arbeitszeit und anständige Behandlung einzutreten. Vereinigt Euch, schließt Euch zu einer Organisation zusammen und es wird und muß anders werden!

Finder. Am 6. Sept. fand im großen Saale zum „Posthorn“ eine von etwa 500 Personen besuchte öffentliche Versammlung der in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, mit der Tagesordnung: Die Bestrebungen der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine und der Fachvereine; Wahl eines Vertrauensmannes der Metallarbeiter Bindens; Verchiebrens. Nach Konstituierung des Bureau ergriß Herr Reichstagsabgeordneter Frohne das Wort und kam zunächst auf die Entstehung der sogenannten Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine zu sprechen. Als Mitte der sechziger Jahre Ferdinand Bassalle die Aufmerksamkeit der herrschenden Parteien auf sich lenkte, da war es die damalige sogenannte Fortschrittspartei, welche es nicht überwinden konnte, daß eine selbstständige Arbeiterpartei zu Stande komme und welche erklärte, es taue nichts, wenn sich der Arbeiter um Politik bekümmere. Den Fortschrittler kam es darauf an, die Arbeiter in's Schlepptau zu nehmen und sie für ihre Interessen auszubeuten. Theilweise sei dies auch geglückt. Die Herren Dr. Max Hirsch und Dunder seien nach England gegangen, um dort die englischen Gewerksvereine zu „studiren“ und mit dem gewonnenen Material sei man zur Gründung der Gewerksvereine in Deutschland geschritten. Hervorgehoben werden müsse, daß die Gründung nicht nach dem englischen Muster ausgefallen sei; denn die englischen Gewerksvereine lägen schon seit Jahrzehnten im Kampfe mit dem Kapital, kämpften für die Koalitionsfreiheit und wehrten sich gegen die Unterdrückung des Unternehmertums. Von Alledem wolle Dr. Max Hirsch in seinem Gewerksverein nichts wissen. Er plaudere seinen Anhängern vory die Lohnfrage lasse sich auf friedlichem Wege lösen, auf Grund von Vereinbarungen. Dem gegenüber sei aber zu konstatiren, daß von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit niemals die Rede sein könnte. Wenn irgend Jemand, so seien die Fachvereine beehrt gewesen, auf glüklichem Wege die Lohnfrage zu vereinbaren, wenn aber alles nichts half, wenn alles Hochgehen an der Paritätigkeit der Unternehmern scheiterte, dann habe man nothgedungen zum ängstlichen Mittel, zum Streik greifen müssen, und die Unternehmern posauten dann in die Welt hinaus, der Streik sei in Folge der Verhegung der Arbeiter durch einzelne boshafte Sozialdemokraten in Scene gesetzt. Naturgemäß habe der Kapitalismus ein Interesse daran, aus der Arbeit möglichst viel für seine Sonderinteressen zu beziehen, die Arbeitskraft möglichst auszunutzen. Auf der anderen Seite müsse aber auch der Arbeiter seine Thätigkeit möglichst zu verwerthen suchen und schaffe er mehr, so habe er auch mehr zu fordern. Dies sei der unerbittliche, nie aufhörende Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Dr. Max Hirsch dagegen solle erst den Beweis bringen, daß die deutschen Gewerksvereine für eine einzige Arbeiterkategorie nennenswerthe bessere Verhältnisse geschaffen. Von dem Augenblick an, wo die Gewerksvereine ernstlich Mene machten, die Lage ihrer Mitglieder zu heben, würden die Unternehmer mit ihnen ebenso verfahren, wie mit den verhassten Sozialdemokraten. Es wäre gerade an der Zeit, daß den Gewerksvereiner die Augen aufgingen und daß sie erkennen lernten, daß die Fortschrittspartei sie

nur als Handlanger benutzten. Die Sozialdemokraten haben kein Interesse am Streik. Dieses sei ein verderbliches, wenn auch rechtigtes Kampfmittel, wenn man von dem Streik eine gründliche und dauernde Besserung der Lage der Arbeiter erwarte, so sei dies eine Thorheit. Für die Streiks seien nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmern verantwortlich zu machen. Wenn die letzteren fortführen, den Arbeiter untergeordnet zu behandeln, Derrückserklärungen mit geflüchteter Erlaubnis, sogenannte schwarze Listen zu erlassen, und so in echt anarchistischer Weise den Klassenhaß schürten, dann sei es kein Wunder, wenn die Eigensätze immer krasser würden. Die Arbeiterkoalitionen würden sich zu einer kulturhistorischen Macht erheben, der Doktor sammt seinem Gewerksverein dagegen wird von der Bildfläche verschwinden. Wenn auch zugegeben sei, daß die Versicherungen, die heute der Staat übernommen, etwas für sich haben, so sei dies aber auch alles. Wenn der Herr Doktor die Beschlüsse des zur Zeit tagenden Kongresses der englischen Gewerkschaften einer Betrachtung unterziehe, so würden ihm vielleicht die Augen übergehen, weil die Leiden derselben mit den Ideen der deutschen Gewerksvereine gar nicht zu vereinbaren ist. Sie verlangen beispielsweise den achtstündigen Arbeitstag, den Dr. Max Hirsch für Unfath erklärt, sie erstreben die internationale Arbeitervereinigung und haben beschlossen, den Drüseler internationalen Arbeiterkongress zu besuchen. Das seien die englischen Gewerksvereine von heute, und diese stellt Dr. Max Hirsch als identisch mit den jetzigen hin. Während die Sozialdemokraten ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Einfluß auf die Gesetzgebung zu üben, stande im Reichstage einzubringen, die die Arbeitszeit regeln und die die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter verhindern sollen, beharrt Dr. Max Hirsch auf dem mancherlichen Standpunkt, das Eingreifen des Staates möglichst zu vermeiden, während die Sozialdemokraten sich zum Ziele setzen, daß die Gesetzgebung sich der großen sozialen Reformen bemächtigt und es als zweckmäßig erachten, daß der Staat nicht frühzeitig genug eingreifen könnte, berichtigt Dr. Max Hirsch in seinem Organ seinen Streuen, daß er „aus rein praktischen Gründen“ gezwungen sei, den „Uebers“ als ein Schutzmittel gegen „Ueberfall“ und „Ausplünderung“ belzubehalten! Und dann benutzte er weiter: „Es würde eben nicht das erste Mal sein, wenn Gelder, die für Unterstützungszwecke aufgebracht worden sind, zu Wahlagitationen verwendet würden?“ und „den Uebers fallen lassen, hieße die Gewerksvereine diesen Leuten (den Sozialdemokraten) ausliefern“. Gegenüber einer solchen Sprache eines Arbeitervertreter glaubt Keiner die Verschämung abgeben zu können, daß Gründungen berarr, wie sie Dr. Max Hirsch empfehle, nach dem 1. Oktober nicht mehr möglich sein würden. (Stürmisches Brausen.) Der Vorsitzende Wbse sowie Kollege Herrmann forderten die anwesenden Gewerksvereiner auf, sich über das gehörte Referat zu vertheiligen, aber vergebens. Dann gelangte eine Reso ution, welche sich gegen die Gewerksvereine erklärt und die Fachvereine kräftigt zu unterstützen empfiehlt, zur Annahme. Kollege Wilhelm geliebte scharf das Vorgehen eines Herrn Amalung, der in einer Gewerksvereins-Versammlung in gehässiger Weise einem ebrlich sich durch die Welt schlagenden Arbeiter den Vorwurf gemacht, er lebe von Arbeitergroßgelen. Kollege Sperling sprach sich auch gegen die Gewerksvereine aus, und nannte die Herrn „Räuber an ihrem eigenen Lirbe“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Gustav Breder als Vertrauensmann der Metallarbeiter Bindens mit großer Majorität gewählt. So lege Wbse forderte dann die Anwesenden auf, recht zahlreich dem Fachverein beizutreten.

Mühlheim a. Rh. Am 21. September fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Carl Straeter, Köln, zu seinem Vortrage „Über Zweck und Nutzen der Organisation“ das Wort. Er erlebte es in vortrefflicher Weise und führte unter Anderem an, daß die Organisationen sich die edle Aufgabe gestellt haben, Aufklärung unter die Massen zu bringen und dies hier in dieser schwarzen Gegend am allernothwendigsten ist. Dieses würde schon einestheils erreicht durch die obligatorische Einführung der Metallarbeiter-Zeltung, die hoch voll und ganz die Interessen der Metallarbeiter vertritt. Ferner tadelt er auch das Vorgehen des Herrn Diederich in Hamburg, der gegen die Beschlüsse des Weimarer Metallarbeiter-Kongresses handelte. Nachdem nun noch mehrere Kollegen zum 1. Punkt das Wort und wiesen speziell auf die Dresdener Unternehmern hin, welche einen Geheimbund gegründet haben, was doch gegen das Gesetz wäre. Auch wurde auf den hier am Orte stattgefundenen Streik der Drahtzieher von Feiten u. Gulleraume aufmerksam gemacht, der durch das Eingreifen der Pfaffen im Sande verlaufen ist. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten

einanderstehen und ist gewillt in Zukunft an den hiesigen Vereinen theilzunehmen, überhaupt für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Zum 2. Punkt, Stellungnahme zum rheinisch-westfälischen Delegirtenkongress ergriß nochmals Kollge Straeter das Wort und wies auf die Nothwendigkeit zur Beschickung des Delegirtenkongresses hin. Gewählt wurden die Kollegen Bausenberg und Bieich. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Resolution aufmerksam machte, daß sie nicht auf dem Papier stehen bleiben solle, schloß er die sehr gut besuchte Versammlung.

Thale a. B. Auf welche Weise man hier verfährt, die Fachvereine zu zerstören, davon haben wir einen Beleg zu liefern. Da die Mitglieder des hiesigen Metallarbeitervereins ausschließlich auf dem Eisenhüttenwerke beschäftigt sind, so hatte man leichteres Spiel, als anderswo. Um zu erfahren, wer von den auf der Hütte Beschäftigten im Verein ist, hatte Meister Janzen den Klempner Franz Hempel aus Kopsweil dazu bewegen, sich in unsern Verein aufzunehmen zu lassen und sich alle Arbeiter zu notiren, welche sich im Verein sehen lassen. Dieser Hempel hat es auch fertig gebracht, seine Kollegen und Mitarbeiter auf so eine gemeine Art und Weise zu verrathen. Natürlich hatte nun Meister Janz nichts Giltigeres zu thun, als dem Direktor die Hölle heiß zu machen: der Verein berge lauter Anführer und Unzufriedene in sich. Daraufhin wurde von Oben herab verordnet, den Vorstandsmitgliedern ist zu kündigen, was auch prompt erfolgt wurde, um zu sehen, was dies für eine Wirkung im Verein ausübt. Leider haben wir noch mit zu viel unaufgeklärten Arbeitern zu kämpfen, so daß es nicht auf sich, daß von ca. 80 Mitgliedern nahe an 40 nicht abgemeldet. Aber diese anderen 40 Mann sind gewillt, den Verein nicht zu verlassen, sondern lieber die Arbeit. Wenn Meister Janzen sich nur noch einen Orden verdienen will, so muß er seinem Schädel schon noch andere Streiche ersinnen lassen, nur soll er uns ja nicht seine 6 Söhne auf den Hals hegen, wenn sie so weit sind, sie schlingen vielleicht aus der Art, wenn sie uns gehört hätten. Es wird ja wohl auch einmal die Zeit kommen, wo wir abrechnen können. Wie nun Direktor Klaus zu der Wuth auf unsern Verein gekommen ist, kann ich mir nicht enträtheln. Ob ihm vielleicht Vereinsmitglieder die gehässige Äußerung als Sündenbock versagt haben? Denn vor 6 Jahren war hier so ein Fall mit dem Gewerbeverein. Verschiedene hiesige Gewerbevereinsmitglieder hatten vergessen, ihren Chef zu grüßen, darauf kam von ihm die Ordre, sämtlichen Gewerbevereinsmitgliedern ist zu kündigen, wenn sie nicht aus dem Verein scheiden wollten. Heute scheint er ja anders über den Verein zu denken, denn der hiesige Gewerbevereinsvorstand hatte es fertig gebracht, bei der vorjährigen Aussperrung für das Eisenhüttenwerk Thale Klempner zu suchen. Ich glaube, wenn wir uns zu dergleichen schmarotzerischen Handlungen herbeilassen, würde er wohl auch nicht gegen uns haben. Zum Schluß, Kollegen allerorts, möchte ich nochmals auf den laubenen Gesellen Hempel aufmerksam machen, er wird wohl nicht mehr so lange hier bleiben können, denn der Boden wird ihm unter den Füßen zu warm. — Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach Kräften fern zu halten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um A druck gebeten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Berlin. Eine zahlreich besuchte Versammlung des Fachvereins für Schlosser fand am 15. September statt. Herr Wendt hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über den Punkt 6 des sozialistischen Programms. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Unter verschiedenen wurde zunächst das Vorgehen einzelner Hamburger Kollegen wegen Gründung eines neuen Fachorgans kritisiert. Wir müssen darauf antworten, daß wir unsere gefassten Kongressbeschlüsse nicht umstoßen werden, da wir auf dem Berliner Kongress die „Metallarbeiter-Zeitung“ als Fachorgan proklamirt haben. Ferner wurde auf den Arbeitsnachweis hingewiesen, derselbe befindet sich im Süden bei Grünbel, Dresdenerstr. 116, im Norden bei Müritberg, Kullamerstr. 49.

Bremelan. Da Herr Föllel es gewagt hat, eine Unwahrheit als Bericht auf die Korrespondenz in Nr. 34 einzuschleusen, so fühle ich mich veranlaßt, noch einmal den Namen dieses Blattes wegen dieses Herrn in Anspruch zu nehmen. Eigentlich richtet sich diese Verächtlichmachung wegen der Unrichtigkeit von selbst. Der Bericht über den in Nr. 34 ist in kurzer Form wahrheitsgetreu wiedergegeben, das weiß Föllel ganz genau. Wenn F. behauptet, es sei in der betreffenden Verlesung nur von dem Mitgliede Föllel die Rede gewesen, nicht aber von seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Krankenkasse, so weiß er wohl mehr wie die Antragsteller und überhaupt die ganze Versammlung (er selbst war nicht anwesend). Der Antragsteller wollten mit diesem Antrag, der einstimmig angenommen wurde, wahr-

scheinlich den übrigen Kollegen zeigen, was wir für eine Bevollmächtigung in der Krankenkasse haben. Wenn F. weiter behauptet, er wäre schon vorher freiwillig aus dem Verein ausgeschieden, so ist das unwahr, er hat Niemand diese Erklärung abgegeben, er hat vielmehr kurze Zeit vorher zu unserm 1. Vorsitzenden gesagt, er wolle auch Mitglied bleiben, wenn er weiter werde. Nebenbei bemerkt ist das nur Gerede von ihm, denn er wird es niemals werden. Verließ er sich doch schon soweit, zu sagen: „Nicht jenen, welche mich jetzt ärgern, werden nachher froh sein, wenn sie aus der Hand freigeschnitten werden.“ Was das Verächtlichmachen des Vereins u. s. w. anbelangt, so wird er wohl wissen, was er gesagt hat und noch sagt. Die betreffende Versammlung hat eben beschlossen, er (Föllel) wird gestrichen, weil er den Verein schädigt, und damit basta!

Kositz. In der Fabrik des Herrn Douberg wurden 4 Schlosser, welche schon 2 bis 6 Jahre dort gearbeitet haben, wegen angeblicher Aufwiegelung der jüngeren Kollegen gemahngestellt. Die Aufwiegelung besteht darin, daß sie den jüngeren Arbeitern den Preis eines Stück Arbeit, welcher jetzt reduziert wurde, verrathen haben. Die betreffenden gehen dem Fachverein an. Näheres in nächster Nummer.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Hamburg, 22. September 1890. An eine verehrl. Redaktion der Metallarbeiterzeitung, Nürnberg. In der soeben eingetroffenen Nummer Ihrer Zeitung werde ich in Verbindung gebracht mit der Gründung der „Fachzeitung für Schlosser“. Ich erkläre demgegenüber, daß ich Herrn Dieblich nur einmal vor 3 Jahren gesehen und sonst gar nicht kenne, daß ich absolut nichts mit der betreffenden „Gründung“ zu thun habe, daß ich im Gegentheil Herrn Junge gegenüber von einem solchen Vorhaben entschieden abgethan habe. Ich erkläre die Angaben des mir aus der Schreibweise bekannten Verfassers für böswillige Verleumdung, böswillig deshalb, weil ein kurzer Gang zum Drucker, besser Stellung in der Hamburger Arbeiterschaft ihm wohl bekannt, ihm die nöthige Aufklärung sofort gegeben hätte. Achtungsvoll E. Berendsohn pr. E. Jensen u. Co.

Dazu bemerken wir, daß Herr Berendsohn sich auf falscher Fährte befindet, wenn er den Einsender an der Schreibweise erkennen will. Im Uebrigen sieht Herr Berendsohn die moralische Entrüstung sehr schlecht an; er erregte, sollte er wirklich mit der Dieblich'schen Gründung nichts zu thun haben, hier nur die Früchte seiner früheren Handlungen. Denn wo ist in den letzten Jahren ein Gewerkschaftsblatt projectirt worden, um das Herr B. sich nicht bemüht hätte? —

Feilenhauer.

Feilenhauer Deutschlands!

Unsere Kollegen in Hamburg, Altona, Garburg u. s. w. befinden sich in einem Abwehrkampf, und warum? Um den Verein zu beschlagnahmen, haben die Unternehmer dem Gesamtvorstand gekündigt und verlangen, den Arbeitsnachweis nunmehr in ihre Hände zu legen. Von Seiten der Gehilfenschaft wurde den Unternehmern die gemeinsame Regelung des Arbeitsnachweises angetragen, jedoch von denselben abgelehnt; sie wollten den Arbeitsnachweis bedingungslos in ihren Händen haben. Daß diesem frivolen Spiel, welches eine Nachahmung des Vorgehens der Hamburger Großindustriellen ist, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß, wird Jedem einleuchten, deshalb ist es dringend notwendig, mit allen Mitteln den Zugang nach dort abzuhalten und für reichliche Unterstützung Sorge zu tragen, damit dem dortigen übermächtigen Unternehmertum gegenüber ganz energisch Front gemacht werden kann.

Mit Gruß!

Edmund Goldbach,
Vertrauensmann der deutschen Feilenhauer.
Magdeburg. Ein gewisser Michael Gast, gebürtig von Eichstädt a. D., befindet sich auf der Reise. Derselbe gibt sich als Geselle aus, trotzdem er noch ein halbes Jahr zu lernen hat. Gast ist also rundweg durchgebrannt. — Ferner ist der Budauer Verein von uns vollständig anerkannt. Unsere Herberge befindet sich jetzt in der Brauerei zum „Prinzen Karl“ in der Jakobstr. 10; wir bitten die Kollegen, reisende Mitglieder, darauf aufmerksam zu machen.

Wormen. Allen Kollegen zur Nachricht, daß hier ein Feilenhauer-Verein für Wormen, Ebersfeld und Umgegend gegründet wurde. Umschauen ist strengstens verboten. Geschenk und Arbeitsnachweis: Feilenhauererlei von Luchtenberg, Oberdörnerstraße 54, Wormen. Das Geschenk wird Vormittags von 9 bis 11 Uhr und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr ausgehändigt. Briefe u. oder sonstige Sendungen an Johann Werle, Feilenhauererlei von R. Fehlinghausen, Dehde bei Langerfeld.

Brunswick. Der Feilenhauer Eubard Magdeburg, zur Zeit in Berlin, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verbindlichkeiten gegen den hiesigen Verein umgehend nachzukommen, andernfalls wir denselben aus-

schließen. Derselbe ist von E. B. n. n. abgereicht ohne Beiträge bezahlte zu haben und ohne sich hier abzumelden. Sein Buß ist in unseren Händen.

Wendeburg i. W. In der am 14. September abgehaltenen Generalversammlung der Feilenhauer wurden in den Vorstand gewählt: H. Schläpfer, 1. Vorsitzender; Kas. Sibby, 2. Vorsitzender; Karl Oberfeld, 1. Kassier; Konrad Budert, 2. Kassier; Wilh. Bercker, 1. Schriftführer; Friedr. Hermann, 2. Schriftführer. Das Vereinslokal wurde nach der Gastwirtschaft Fried. Steede, Ebersfelderstraße, verlegt. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassier E. Oberfeld, Feilenhauererlei Friedr. Rüggeberg u. Co., woselbst auch das Geschenk in Empfang genommen werden kann. Alle Sendungen sind zu richten an den Kassier.

Magdeburg. Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß in der öffentlichen Feilenhauererlei, welche am 26. Sept. in Foge's Restaurant tagte, eine Vereinigung zwischen den Budauer und Magdeburger Kollegen stattgefunden hat. Es wurde vorher von beiden Seiten eine Kommission gewählt und beschlossen, alle Streitigkeiten wegzulassen zu lassen; vom Vorsitzenden wurde in der Versammlung streng danach gehandelt. Der Verein erhielt nunmehr den Namen „Fachverein der Feilenhauer von Magdeburg und Umgegend“. Unter Anderem fand auch eine Statutenänderung statt und erhielten einige Absätze aus den §§ 8 und 9 eine Umänderung, alle anderen Paragraphen wurden einstimmig angenommen. Sodann erstattete der Vertrauensmann Kollege Dittmer, er Bericht über die bis jetzt eingegangenen Unterstützungsgelder, sowie über den Agitationsfond. Hieran erklärte der Vorsitzende Kollege Th. Werner, daß es für die geringe Zahl der Kollegen Magdeburgs eine Ehre sei, solches geleistet zu haben. Eine Resolution, dahin gehend, daß die Gemahngestellten, sowie die ausgesperrten Kollegen solange materiell zu unterstützen seien, bis selbige anderweitig ein Unterkommen gefunden, wurde einstimmig angenommen und beschlossen, daß in jeder Werkstatt ein Vertrauter ernannt werde, welcher die Beiträge einsammelt, Quittungsmarken dafür verabfolgt und den Beitrag an den Vertrauensmann abliefern. Wir richten daher an alle Kollegen Deutschlands die Bitte, sich rege an dem Beschluß zu beteiligen und die gemahngestellten Kollegen nach Kräften zu unterstützen, indem doch dieselben für unsere Sache eingetreten sind, damit dieselben nicht etwa dem Elend preisgegeben werden. Wir hoffen nunmehr, daß sich der Verein von jetzt an stark und einig zeigen möge. Trohdem ist zu bemerken, daß es hier noch verschiedene „faule Köpfe“ gibt, die sich um gar nichts kümmern und kein Interesse für den Verein haben; die Firma D. M. Schmidt hat 6 bis 8 solcher Exemplare aufzuweisen. — Die Wohnung des 1. Vorsitzenden, Kollegen Schläpfer, befindet sich vom 1. Oktober an Ebersfelderstraße Nr. 50, im Hof rechts.

Sangerhausen. Vom 1. Oktober ab befindet sich Arbeitsnachweis und Geschenk-aufgabe Bonifatiusplatz 8, das Verkehrslokal und die Herberge Gasthof zum „Schiff“, Köpferberg.

Zinnblecher.

Altona. Die monatliche Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Zinnblecher von Altona und Umgegend fand am 13. September im Vereinslokal bei Th. Hubert, gr. Bergstr., in Altona statt. Die Versammlung war gut besucht. Zur Aufnahme hatten sich zwei Kollegen gemeldet: Otto Steinhilber aus Quasburg und Max Schenk aus Zwiesel. 4 Mitglieder unseres Vereins mußten ausgeschlossen werden, da diese Kollegen gegen § 5 unseres Vereinsstatuts gestimmt haben. — Bei etwa Durchreisenden ist darauf zu achten, daß die Mitgliedsarten bis September quittirt sind. — Es erfolgte auch die Wahl eines Vorstandsmitglieds durch Stimmpapier; gewählt wurde Edward Band. Briefe sind zu richten an Joseph Kriebitz (Vereinslokal).

An die Metallarbeiter Thüringens.

Kollegen! Um die Beschlüsse des letzten Metallarbeiter-Kongresses zur Geltung zu bringen, ist es nöthig, daß auch die Metallarbeiter der verschiedenen Thüringischen Staaten sich zusammensuchen, um über die weitere zu unternehmenden Schritte zu beraten. Ich berufe daher zu diesem Zweck im Einverständnis mit den Kollegen Wera's, einen Delegirtenkongress der Metallarbeiter Thüringens auf Sonntag, den 2. November nach Gera ein. Es ist unbedingt nöthig, daß die Kollegen recht zahlreich durch Delegirte vertreten sind. Die Tagesordnung, sowie alles Nähere wird später bekannt gemacht. Anträge zur Tagesordnung, sowie alle Anfragen sind an Unterzeichneten zu richten. Mit kollegialem Gruß
Paul Gebauer, Altona, Eisenstraße 5, II.

An die Metallarbeiter der Provinz Schleswig-Holstein.

Werthe Kollegen! Laut Beschluß des am 7. Sept. in Rendsburg abgehaltenen Delegirtenkongresses der Metallarbeiter aller Branchen, fühle ich mich unter Zustimmung unserer Vertrauensmänner veranlaßt, Quittungsarten und Marken für den Agitations- und Unterstützungsfond herauszugeben. Kollegen, in Anbetracht unserer Organisation, welche, wie uns die Delegirten zu Rendsburg berichtet haben, im Allgemeinen noch eine sehr laue ist, ist es Pflicht eines Jeden, für den Abschluß der betreffenden Marken einzutreten, um nachher eine regere Agitation in unserer Provinz entfalten zu können. Mit kollegialem Gruß
E. Fleissner,
Bezirksvertrauensmann der Metallarbeiter für die Provinz Schleswig-Holstein, Kaiserstraße 35, Neumünster.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29) und Central-Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter „Pulka“ (E. S. 89).

Nach § 6 Abs. 1 des Statuts erfolgt der Ausschluss von Mitgliedern nur auf Beschluß des Vorstandes und sind die örtlichen Verwaltungen deshalb durch die Instruktion angewiesen, auch im Falle der Zahlungssäumigkeit den Ausschluss bei dem Vorstände zu beantragen. Nichtsdestoweniger werden trotzdem eine große Anzahl Mitglieder auf den Abrechnungen als ausgeschlossen gemeldet, die nicht durch den Vorstand ausgeschlossen sind. Da nun kaum anzunehmen ist, daß alle diese Mitglieder freiwillig ihren Austritt erklärt haben, so bleibt nur die Annahme, daß örtliche Verwaltungen selbstständig Ausschüsse verhängen. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß ein solches Verfahren unzulässig ist und fordern alle Bevollmächtigten auf, in allen Fällen, in denen ein Mitglied 8, oder im Falle der Stundung 13 Wochenbeiträge schuldet, den Ausschluss bei dem Vorstände zu beantragen. Aus vielen Anfragen, die fast täglich einlaufen, sowie bei Revision der Abrechnungen und Krankenscheine, ergibt sich, daß viele Beamte weder das Statut, noch die Instruktion genügend kennen und beachten. Es ist Pflicht der Beamten, sich mit den Bestimmungen des Statuts und der Instruktion genau vertraut zu machen, sie ersparen dadurch nicht nur sich und uns Zeit und Mühe, sondern bewahren in manchen Fällen auch die Kasse vor Schaden. Ferner ersuchen wir die Bevollmächtigten und Kassierer stets ihre Namen und Adressen bei der Anmeldung genau und deutlich anzugeben, damit die Zustellungen durch die Post ohne Schwierigkeit erfolgen können.

Verlorene Mitgliedsbücher (Allgemein).

- Spt.-Nr.
- 18928 S. Höflich, eingetr. in Cassin am 22. Juli 1889.
 - 2635a Julius Franke, eingetr. in Berlin 4 am 7. Juli 1882.
 - 22076 Nikolaus Eshard, eingetr. in Hanau am 22. August 1886.
 - 24464 Otto König, eingetr. in Groß-Kahle am 4. Mai 1888.
 - 2670 Th. Rüggeberg, eingetr. in Jagen am 26. April 1882.
 - 22941 Friedrich Gröninghold, eingetreten in Börde am 8. August 1886.
 - 22253 J. Schaffner, eingetr. in Neuh am 14. März 1886.
 - 1919 Christian Weis, eingetr. in Senkenroba am 18. Juli 1890.
 - 2781 Emil Geher, eingetr. in Marten am 13. August 1888.
 - 17751 Max Woffog, eingetr. in Bremerhaven am 1. Oktober 1884.
 - 6435a Edward Budemann, eingetr. in Oberbilau am 9. September 1883.
 - 22192a Gg. Rischhöfer, eingetr. in Wilskenburg am 28. November 1886.
 - 18102 Mathias Carlsson, eingetr. in Neumünster am 23. März 1885.
 - 11297 Fritz Weller, eingetr. in Göttingen am 12. Februar 1885.
 - 12479 Karl Erb, eingetr. in Mintheim am 3. Juni 1884.
 - 12490 Ludwig Stoll, eingetr. in Mintheim am 14. Dezember 1884.

Verlorene Mitgliedsbücher („Pulka“).

- Spt.-Nr.
- 12585 Alb. Hermann, eingetr. in Göttingen am 1. Oktober 1889.
 - 5672 Franz Kapinos, eingetr. in Lübeck am 1. Oktober 1889.
 - 9083 Alois Pens, eingetr. in Bentath am 9. Februar 1890.
 - 17247 Edmund Wiltgen, eingetr. in Dortmund am 29. Dezember 1889.
 - 4805 F. H. Stecher, eingetr. in Saape am 1. Oktober 1889.
 - 12159 Nikol. Bickgraf, eingetr. in Ludwigshafen am 1. Oktober 1884.

